

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Beilage),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning,  
verantwortlicher Redakteur: Fritz Keplow, Beibe in Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen  
für die viergeschossige Politzeile ober deren Raum 80 fl.  
Poststampl. Nr. 8264.

**D**ass ist ein Festtag sondergleichen,  
Wie ihn die Welt noch nie gesehn,  
An dem der Arbeit heil'ge Seiden  
In allen Landen friedlich wehn!  
Sie sollen ringe die Völker mahnen:  
Die Arbeit will Gerechtigkeit;  
Ihr müßt den Weg zum Sieg ihr bahnen —  
So will's der Geist der neuen Zeit.

Den Pakt kann keine Macht zerreißen,  
Den er schloß mit der Arbeit Recht;  
Geschehen muß, was er verbüllt  
Dem kampferrüttelnden Geschlecht.  
Er ruft den Lenken aller Staaten:  
Sie mögen folgen seiner Spur,  
Du läutein durch Erlösungshafen  
Die hochgepriesene Kultur.

Wie man sie anstaunt und bewundern,  
Die unaufhörlich eifrig schafft  
Und um'zem eisernen Jahrhundert  
Verfehlt ein mahllos Maß der Kraft!  
Doch darf man nur den Schleier heben,  
Der farbenprächtig sie umkleidet,  
Um vor Entsezen zu erblicken  
Ob all des Elends, das da spricht.

Die Arbeit spendet reichsten Segen  
Und doch drückt sie der Fluch der Döß,  
In Kummerniss ringt allerwegen  
Sie um ihr härglich läufig Brod;  
Für Millionen Proletarz,  
Die sich der Pflicht des Schaffens wöh'n,  
Von's von der Wiege bis zur Bahre,  
Blickt unter Menschen Mensch zu sein.

Und wässt auch, ohne ihr Verschulden,  
Das grümme Elend rießengroß,  
Sie sollen's fragen, sollen's dulden,  
Man nemt's ihr „unabwendbar Toos“.  
Ein schlechter Trost! Von allen Türen  
Die altersschlimmste ist's! Doch kann  
Die Selbstsucht damit nicht betrügen  
Den Geist, der lösen soll den Bann.

Die grosse Wahrheit zu verkünden,  
Rauscht heut' der Geist von Land zu Land.  
Wicht Kriegesfackeln will er zünden,  
Fein, schöner Hoffnung milden Brand.  
Und neue Kraft zu edlem Streben,  
Dax endlich doch die Welt versöhnt,  
Will er dem Volk der Arbeit geben —  
Das harret aus und wird gekrönt!

Es hatet aus im must'gen Ringen,  
Feind jedem Trug und jeder List;  
Es weißt, daß zu des Siegs Gelingen  
Gewallthat nicht das Mittel ist,  
Daz die Verweisung seine Kellen  
Dicht bricht, daß, was zum Heil ihm kommt  
Und es vom Elend kann erretten,  
Vor von der Macht des Geistes kommt.

Heil, Arbeit, Dir! Läßt immer Kronen  
Ob Dir des wahren Menschenums Geist,  
Er wird Dir's danken, wird Dir's lohnen,  
Wie er Dir jetzt die Wege weist!  
Gieb Deumich, daß des Unglücks Bürde  
Dein Selbstvertrauen nicht erschläfft,  
Dass reich' Du bist an freier Würde,  
An laut'rem Sinn und gülf'ger Kraft!

So sollt Du, stark in Geisteswaffen,  
Trotz allem Drang und allem Leid  
Am Werke der Erlösung schaffen,  
Dem die Geschichte Dich geweiht.  
Und was Du duldend unternommen,  
Glaub' nicht, daß es vergeblich sei —  
Harr' aus im Kampf und Dir wird kommen  
Ein wunderbarer Sieges-Mai!

E. T.

## Weltfeiertag der Arbeit.

Ein schöneres Sproßen und ein reicheres Entfalten weltfassender, erhabener Ideen hat die Kulturmenschheit wohl noch nie gezaucht, und noch nie ist ihr ein Feiertag von der Bedeutung, von solch hohem, humanitären Charakter beschieden worden, als der Weltfeiertag der Arbeit, der 1. Mai.

Heuer wird dieser Feiertag zum elften Male begangen. Nicht dem Wunsche oder dem Gebote autoritärer Macht verleiht er seine Entstehung. Im Gegensatz zu allen herrschenden staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Machtfaktoren, unter dem entschiedensten Widerstande derselben, ist er hervorgegangen aus dem unabsehbaren Bedürfnis der vom Geiste des demokratischen Sozialismus ergrieffenen Arbeiter aller Länder, ihrem Gefühl der Zusammengehörigkeit, ihren auf die Sicherung und Förderung des Kultursturzschritts, auf die Verwirklichung unvergleichlich hoher Ideale, gerichteten Bestrebungen gemeinsam und in wesentlich gleicher Art einen demonstrativen Ausdruck zu geben. Der internationale Arbeiterkongress zu Paris im Jahre 1889 rechnete mit diesem Bedürfnis auf der Basis der von ihm erhobenen Forderungen, betreffend die Schaffung einer wirklichen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion; er faßte den Beschluß, daß für den 1. Mai eine große internationale Manifestation zu organisieren sei, und zwar vergestalt, daß an diesem Tage in

allen Ländern die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, daß grobe kulturelle Werk des Schutzes der Arbeit gegen die zeitig steigende kapitalistische Ausbeutung, gegen soziale und politische Unterdrückung und Verflachung, gegen physische und moralische Degeneration, gegen alle die verheerenden Wirkungen der Herrschaft des Kapitalismus in Angriff zu nehmen.

Dem entsprechend erfolgte im Jahre 1890, für die Arbeiter Deutschlands noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, die erste Maifeier. Nach dem Wortlaut des Pariser Beschlusses war zweifelhaft, ob die Feier nur eine einmalige, aber eine regelmäßig wiederkehrende sein sollte. Die internationalen Kongresse zu Brüssel (1891) und zu Zürich (1893) entschieden in letzterer Sinne; der 1. Mai sollte sein ein gemeinamer Demonstrationsstag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität befinden sollen". Der Zürcher Kongress dehnte die Bedeutung der Feier dahin aus, daß die Manifestation „zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterschaft sein soll, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen, und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt“. Nach dem begrifflich sich damit deckenden Beschuß des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie zu Köln 1893 feiert die Partei den 1. Mai als „Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des

Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden“.

Es ist bekannt, in welch ungerechter, vielfach geradzu gehässiger und fanatischer Weise öffentliche Gewalten und herrschende Klassen, vorweg die Masse des Unternehmertums, von Anfang an bemüht gewesen sind, die Arbeiterschaft an der Begehung der Maifeier zu verhindern, besonders dabei die Arbeitsruhe in Betracht kommt. Die öffentlichen Gewalten und die herrschenden Klassen sehen im Weltfest der Arbeit eine „Kriegserklärung an alle Autorität“, einen „umstürzlerischen Vorstoß gegen alle staatliche und gesellschaftliche Ordnung“. Und doch handelt es sich lediglich um eine Manifestation zu Gunsten echter und gefunder Kulturentwicklung, für der Wölfen höchste Gut, den Frieden, auf dem unerschütterlichen Grunde der Gerechtigkeit und Humanität! In der ganzen Veranstaltung liegt, das muß immer wieder aufs Neue betont werden, keine Drohung, sondern lediglich eine Mahnung an die öffentlichen Gewalten und herrschenden Klassen, den Forderungen der Vernunft, Gerechtigkeit und Humanität im Interesse des organischen Fortschritts zu genügen.

Selbst der internationale Arbeiterkongress die den Arbeitern betreffenden Forderungen erhob, hat die kapitalistische Wirtschaft, in welcher dieselbe ihre Grundlage finden, auf zum Theil ganz neuen Bahnen eine Entwicklung genommen oder begonnen, wie sie vor einem Jahrzehnt wohl nur Wenige geahnt haben

mögen. Japan, selbstständig in die Reihe der Staaten moderner Kultur eingetreten, hat sich der kapitalistischen Produktion zugewandt, seine Arbeiterklasse in den Dienst derselben gestellt, sich beinahe vollständig bereits wirtschaftlich emanzipiert. In Europa und Amerika macht das Expansionssbedürfnis des Kapitalismus immer mehr sich geltend. Es strebt hinaus in die ungeheuren Gebiete der Länder, die seither der modernen Kultur oder der Kultur überhaupt verschlossen gewesen sind. Mit diesem Expansionssbedürfnis verbindet sich das Interesse der politischen Gewalten der großen und entscheidenden Kulturstäaten, wie ja denn diese Gewalten un trennbar an die Interessen des Kapitalismus gebunden sind. So sind lediglich durch diese Interessen die Vereinigten Staaten von Nordamerika veranlaßt worden, sich des letzten wertvollen Restes spanischen Kolonialbesitzes zu bemächtigen. Und dieselben Interessen sind maßgebend für die Kolonisationsbestrebungen europäischer Mächte in Afrika. Von nun grüßerer Bedeutung; als alles Das, ist das Eindringen dieser Mächte in Asien. Die Aufteilung Chinas, des gewaltigen Reiches der Mitte, mit einer Bevölkerung von über 400 Millionen, seine „Erziehung für die moderne Kultur“ hat begonnen. Auch Deutschland hat sich dort bereits eine Provinz gesichert. Wenn die vielen Millionen äußerst bedürftiger und verschlafener Arbeiter Chinas unter die Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaft gebracht sein werden — und das wird in absehbarer Zeit geschehen —, so droht von ihnen aus dem Wirtschaftsleben der alten Kulturstädte schwere Gefahr. Denn diese Millionen sind im Stande, erfolgreich die Konkurrenz aufzunehmen mit der Arbeitskraft ganz Europas und Amerikas.

In Unbetracht dieser Entwicklung drängt sich mit erheblich gesteigerter zwingender Gewalt dem denkenden und um die Geschicke der Völker ehrlich besorgten Menschen die Überzeugung auf, daß es eine unabsehbare Notwendigkeit ist, die internationale Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen, die internationale Regelung des Arbeiterschutzes als Einleitung zur Lösung der Arbeiterfrage baldigst in Angriff zu nehmen.

Hinzu kommt die in der ganzen kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung begründete und durch die Weltpolitik der Großmächte in's Unermessliche geführte Kriegsgefahr, der von dieser Politik auf die Völker ausgeübt, mit der Eventualität des Krieges begründete Angst, dem Militarismus, der steten Kriegsberetschaft, immer neue, ungeheure und auf die Dauer unerträgliche Opfer zu bringen. Wie ein furchtlicher Hohn nimmt sich's aus, daß im vorigen Jahre eine vom Selbstherrn ihres Nachlands angeregte Konferenz von Vertretern der Staaten sich mit der „Arbustungsfrage“ beschäftigte. Diese Konferenz war eine der tollsten Komödien, welche diplomatische Kunst jemals ausgeholt hat, die Völker zu täuschen. Weiß' anderer Eindruck auf jedes ehrliche Gemüth auf jeden wahren Freunde und Verfechter der Humanität muß es machen, wenn am 1. Mai die aufgestellte Arbeiterschaft aller Kulturstäaten aus ihrem innersten Empünen heraus dem Kriege und der Kriegsbereitschaft das Verbanntsurtheil spricht. Wo ist die Macht der Erde, die diesem Urtheil auf

die Dauer widerstehen könnte, wenn es immer wichtiger sich geltend macht, als Ausdruck der Überzeugung der Millionen des arbeitenden Volkes dieses und jenseits des Ozeans. Aus den Tiefen des Volksseels muß und wird die heilige Macht ersteren, die dem Kriege, der steten Kriegsgefahr und Kriegsbereitschaft mit ihren Ursachen ein Ende bereitet und dem Siege des Rechtes der Arbeit die Wege bahnt.

Mögen Thoren von „Utopien“ reden — wir wissen, daß nach dem Gebote der entwicklungsgejähmten Nothwendigkeit verwirklicht werden muß alles Das, was der Menschheit eine höhere Stufe der Kultur als Erfüllung höherer Gerechtigkeits- und Humanitätsideen verbürgt.

Dieses Ideal den Tribut der Anerkennung zu zollen, den Glauben an sie und ihre siegreiche Macht vor der ganzen Welt zu bilden, dazu haben die Arbeiter ein Weltfest der Arbeit am 1. Mai, eine Gelegenheit, wie keine andere ihrer Veranstaltungen sie bietet. Für die Arbeiterklasse Deutschlands treten gar ernste und wichtige Erwägungen in Rückicht auf die inner-politische Lage hinzu. Der Militarismus zieht am Marke der Nation, der Kriegsfanatismus, der säbelrassende Chauvinismus, der auf das „Recht der Waffen“ pochende Nationalbundel, welcher den Begriff des wahren Patriotismus verhöhnt, der Byzantinismus, erheben immer wieder ihr Haupt. Die Reaktion und ihre Trabanten richten immer rücksichtsloser ihre Angriffe gegen die kümmerlichen Rechte und Freiheiten, welche der „Rechtsstaat“ dem Volke gewährt. Völlig entrichtet, der Koalitionsfreiheit und des Wahlrechtes beraubt, der Vormundschaft der Polizei und des Unternehmers unterstellt, mit gebundenen Händen den herrschenden Klassen und der Staatsgewalt überantwortet, soll nach dem Wunsche der „Staatschefs“ die Arbeiterklasse werben. Unter dem Vorzeichen „gewaltfamem Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verhindern, wollen die reaktionären Elemente durch Gewaltspolitik die große Kulturbewegung des arbeitenden Volkes niederringen, ihr Fortschreiten unmöglich machen. Gwar ist die Wichtigkeit dieser Elemente, der Arbeiterklasse Deutschlands den Gebrauch ihres Koalitionsrechtes durch ein sogenanntes „Zuchthausgesetz“ unmöglich zu machen, läßt sich gesteckt. Aber der Geist, der dieses Ausnahmegesetz schaffen wollte, ist unablässig am Werke. Um so mehr ist es notwendig, am 1. Mai auf's Neue den Verweis zu liefern, daß die deutsche Arbeiterklasse die Umliebe der Reaktion nicht fürchtet, daß sie gewillt ist, immer energischer einzutreten für Gerechtigkeit und Freiheit, für echte Kultur und Humanität!

Nicht zu ruhen und zu rasten in diesem heiligen opferstarken Kampfe, immer zu versagen, immer zu vertrauen auf die siegreiche Macht des guten Gelses — das, Freunde und Genossen, geloben wir am 1. Mai!

### Nullisch.

\* Die Rechte der Arbeiter in den Ortsfrankenkassen sollen noch mehr beschränkt werden. Nachdem kürzlich der preußische Minister des Innern, h. Rheinbaben, die „sozialdemokratischen Ortsfrankenkassen“ in einer vor einem Minister ganz unerhörten Weise gedämpft hat, war es nicht anders zu

erwarten, als daß die kapitalistische, von der Regierung beherrschte Presse einen ernsthaften Vorwurf macht für die Schmälerung der so schon arg beschränkten Selbstverwaltung der Betriebsräte. Man nennt die Sache zunächst noch nicht beim richtigen Namen; es geht aus den offiziellen Preisstimmen aber mit Deutlichkeit her vor, daß der Plan bei der Regierung vorliegt, die der Sicherungspflichtigen Arbeiter noch mehr als bisher zu entrichten. Es heißt in dem offiziellen Machwerk:

„Die Sozialdemokratie, welche ja bei einer großen Zahl von Ortsfrankenkassen ihre Anhänger durch Verleihung der Beamtenstellen verteidigt und deshalb ein großes Interesse an möglichst hohen Verwaltungskosten bei der Frankenkassenförderung hat, hat häufiger darauf hingewiesen, die Kosten für die Arzte und die Arzneien herunterzudrücken. Es sind ja nach dieser Richtung die sonderbaren Manipulationen vorgenommen worden. Davon aber, daß die Sozialdemokratie die Minderung der Verwaltungskosten auch nur einmal in Anregung gebracht hätte, hat man nie gehört. Es wird deshalb Zeit, daß von Sezessionswegen hierauf hingewirkt wird... Zu wünschen wäre jedenfalls, daß die Zahl der Räten vermindert würde. Gerade weil so viele Räte existieren, sind die Verwaltungskosten so hoch geworden. Auch sind ja größere Räte leistungsfähiger als kleinere. Wenn mit einer solchen Vereinfachung der Rätenorganisation auch die Zahl der Stellen verringert wird, welche die Sozialdemokratie für ihre Agitatoren in den Räten zur Verfügung hat, so schadet das gewis nicht. Im Gegenteil, es kann nur gewünscht werden, daß ein Missstand bestätigt wird, bei dem eine auf den Umsturz des Staates hinarbeitende Partei staatliche Einrichtungen zur Verfolgung ihrer Agitatoren und zur Erweiterung ihrer Propaganda benutzt.“

Diesen frechen Verbrechen stellt der „Vorwärts“ zur Klärung des wirklichen Sachverhalts folgendes entgegen: Die Verwaltungskosten fälschlicherweise Berliner Ortsfrankenkassen betragen im Jahre 1898 nach dem amtlichen Bericht im Gemeindeblatt 8 pfl. der Gesamttausgabe und sind somit wesentlich niedriger als die Verwaltungskosten der von den Unternehmen allein verwalten Betriebsgenossenschaften und der staatlich verwalten Industrieverbünden. Bei den gewöhnlichen Betriebsgenossenschaften betragen nämlich die Verwaltungskosten im Jahre 1897 noch den im Reichstag zugesagten Nachschub 10,2 pfl., im Zeitraum von 1886—1898 sogar 11 pfl., bei den landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften 11,8 pfl. im Jahre 1897 und 16,2 pfl. im Zeitraum von 1886—1898. Bei der Industrieverbünden betragen, gleichfalls nach den im Reichstag zugesagten amtlichen Nachschubungen für 1897, die Verwaltungskosten 19,1 pfl. der Gesamttausgaben abhängig der Kapitalanlagen. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß für die Betriebsgenossenschaften die Räte auf lange Zeiträume die Zahlungen übernehmen und daß die Hälfte der Industrieverbündenanstalten die Einziehung der Beiträge den Frankenkassen übertragen haben und dafür nur eine die wirklichen Kosten lange nicht errechnete Vergütung bezahlt. Das bedeutet für diese beiden Versicherungsanstaltungen ganz wesentliche Erparnisse an Verwaltungskosten, die den Frankenkassen nicht zu Gunsten kommen.

Das größte Kosten leistungsfähiger sind als kleinere und deshalb eine Verminderung der Zahl der Räte wünschenswert — das ist eine Blitzenwache, die gerade wie nun schon lange genug predigt. Nur schade, daß man das in Regierung und Unternehmenskreisen nicht eingesetzt hat bei der Schaffung der Einigungsräte. Bei den Berliner Einigungsräten betragen nach der schon genannten Quelle im Jahre 1898 die Verwaltungskosten 14,23 pfl. der Rätenzugehörigkeit, ebenso wie bei den Ortsräten.

Natürlich haben wir nichts dagegen einzurüsten, wenn mittel gelunden werden, die Verwaltungskosten der Frankenkassen zu verringern; aber die gegebenen Zahlen zeigen, daß es bei allen anderen Räteeinrichtungen noch notwendiger ist als bei den Ortsfrankenkassen. Oft genug ist von uns die Forderung erhoben worden, alle drei Zweige des Versicherungswesens zu vereinigen, gerade mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der Verringerung der Verwaltungskosten. Die Verringerung der Kosten könnte aber auch weiter nichts als ein Vorwand zu sein. Daß es sich tatsächlich um eine neue Entziehung handelt, wird auch von der „Post“, dem Organ des Königs „Stimme“, offen angegeben. Das Blatt schreibt anlässlich einer Besprechung von Beschlüssen der Gewerbeordnungskommission: „Wir haben nicht die Bejurte, daß sich die Regierung durch die in Rede stehenden Resolutionen zu undenken

### Technische Rundschau.

Von P. M. Grempe-Berlin.

(Nachdruck verboten.)

Ist es zweckmäßig, Schienen durch Beton zu unterbetten? — Verbindung von Gegenständen aus Thor ic. mit Metall. — Verfahren zur Entfernung von Eisenstäben aus einer 300 m tiefen Bohrgrube. — Ein 200 m langes Gebäude. — Herstellung einer Holzmosaik. — Zwei neue Tunnels unter der Themse. — Prüfung von Fußbodenbelag-Materialien. — Siegel aus Kunstanstein.]

In einer Diskussion über die Frage der zweckmäßigen Unterbettung von Gleisanlagen wurde darauf hingewiesen, daß der Beton unter den Schienen allmählich zerdrückt und außerdem das Gleis sich dort führt. Die Frage, ob ein Betonstab unter dem Schienentrost sich besser bewährt als eine Betonbettung der ganzen Gleislänge, kann nach den bis jetzt vorliegenden Erfahrungen noch nicht beantwortet werden.

In Darmstadt hat sich eine eingeweihte Packlage mit aufgebrachtem Kleinschlag gut bewährt, dagegen eine 8—4 cm starke Beton-Stoppflocke.

Zu Nemitzfeld hat man schlechte Erfahrungen in Schäufersieden Straßen mit den Rundsteinen, die immer über die Schienen hinausragen und den Wagenverkehr erschweren, gemacht, gute dagegen mit den Packlagen mit aufgebrachtem Kleinschlag.

Unter Verstärkung des Bodens, nach dem sich der Gleisunterbau zu richten hat, sind in Stuttgart in maschinistischen Straßen gute Resultate mit einer 40—50 cm dicken, beiderseitig bis 30 cm außerhalb der Schienen reichenden und mit der Dampfwalze gut eingewalzten Packlage seit zehn Jahren erzielt worden.

Die in Hamburg unter den Schienenköpfen verschwundene angebrachte Betonlage sind zerdrückt und auch das Stopfen mit Beton hat sich nicht bewährt.

Der Direktor der Solinger Straßenbahn empfiehlt auf Grund seiner Erfahrungen das Rammen der Packlage, sodann das Einwalzen des aufgebrachten Gribensteines und das Stopfen mit einer Mischung von  $\frac{1}{2}$  Kleinstahl und  $\frac{1}{2}$  Eis.

Betonstopfen hat in Barnim schlechte Resultate gezeigt, dagegen hat sich die eingewalzte Schienenbettung — sofern ihr Zusammenhang nicht durch Arbeiten im Straßengrund gestört wurde — gut bewährt.

Auch Asphaltbettung hat sich hier seit zwei Jahren bei starkem Verkehr gut erhalten.

Den Rundsteinen wird nachgerichtet, daß sie den Straßenstrom von den Schieneursen fern halten.

Da das Regenwasser mit dem größten Feind des Straßenbahngleises ist, muß für genügende Entwässerung gesorgt werden, selbst bei leichtem Gleis halten die bei trockenem Meter unterbauten Stöße verhältnismäßig gut, während die bei Regenwetter hergestellten Unterbettungen sehr bald unbrauchbar werden.

Um Gegenstände aus Thor und ähnlichen Materialien mit Metall zu verbinden, wird folgendes Verfahren empfohlen:

Soll Metall mit Metall verbunden werden, so löstet man die beiden Stücke zusammen oder zieht auch geschmolzenes Metall in den Zwischenraum zwischen den beiden zu verbindenden Stücken, die dadurch vereinigt werden. Um diese Methode auch zur Verbindung von Metall mit Thor- und Glasgegenständen verwenden zu können, mußte man bisher immer den nicht metallischen Gegenstand an der Verbindungsstelle mit einem metallischen Überzug versehen. Man stellte denselben durch Überstreichen mit chemischen Metalllösungen her, aber über auf elektrisch stromigem Wege. Durch beide Verfahren wurde aber, die allgemeine Verwendbarkeit ziemlich beeinträchtigt, da der Kostenpunkt der vorherigen Zubereitung nicht unbedeutend war.

Seit neuerer Zeit wird auf folgende einfache Weise eine Verbindung hergestellt, die an Festigkeit keiner anderen nachsteht.

Die Anzahlstücke des nicht metallischen Körpers, der in dem Metallrohr befestigt werden soll, erhält auf seinem Umfang

Schraubengänge, in diese legt man einen Draht ein, der also am Herunterfallen gehindert ist. Der mit diesem Draht umwickelte Stütze wird nun in das Metallrohr eingelegt und süßes Metall in bekannter Weise in den Zwischenraum eingesetzt. Das Metall schmilzt sich nun direkt an den Draht an, der seinerseits wieder von den Schraubengängen gehalten wird.

Die Anwendung dieses Vorhabens dürfte sich besonders bei den Arbeiten zur Herstellung von Klosets und Wasserleitungsanlagen empfehlen.

Ein interessantes Werkzeug zur Entfernung von Eisenbrüchen aus einem Bohrloch ist vor Kurzem in Ostpreußen, Kreis Gleywitz, angewendet worden. In einem ungefähr 300 m tiefen Bohrloch der oberösterreichischen Eisenbahnsgesellschaft Blücher & Co. wurde die Kappe eines Bohrers abgebrochen. Durch die auf dem Grunde liegenden Stahlbrüchen wurde ein weiteres Bohren unmöglich gemacht, indem alle Diamantkronen abgeschlissen wurden. Nachdem drei Wagen auf die verschiedenen Weise versucht worden waren, die Stahlstücke zu entfernen, wandte man sich an den Ingenieur H. Degenhardt in Gleywitz, den Vertreter der Schuler'schen Elektrizitätswerke. Diesem gelang es, die Bruchstücke auf folgende Weise zu entfernen: Es wurde ein Stabmagnet von 1,5 m Länge und 70 mm Durchmesser konstruiert, der mit einer einfachen Lage Gummibanddraht umwickelt und durch den Strom eines kleinen Dynamos erregt wurde, welcher von den vorhandenen für Bohrwerke benötigten Zofomobilen den Antrieb erhält. Durch einen einander Widerstand leistet sich der Antrieb leicht regulieren und auf der konstanten Stärke von ungefähr 80 Atmosphären erhalten. Der Magnet wurdestromlos, also unmagnetisch hinausgelassen und nach seinem Auftreten auf dem Boden des Bohrloches der Strom in der mit dem Aufzugsseil verseilten Zuleitung geschlossen. Schon am ersten Tage gelang es, die fraglichen Stahlstücke heraus zu fördern und so den Weiterbetrieb des Bohrloches zu ermöglichen.

Die herausgebrachten Stahlstücke hingen so fest an dem Polstück des ungefähr 50 kg tragenden Elektromagneten, daß sie nur mit Gewalt losgelöst werden konnten.

Schriften fortsetzen lassen könnte; in einer Zeit, wo sie durch eine Novelle zum "Kontenfassungsrecht der sozialdemokratischen Machstellung" einen Schlag zu versetzen hofft, wird sie nicht auf der anderen Seite diese Machstellung zu fördern geneigt sein."

Was hier von "einem Schlag gegen die sozialdemokratische Machstellung" gesagt wird, gilt selbstverständlich der gesamten Arbeiterschaft. Die Bezugsnormen dieser Sätze beziehen sich auf Unternehmen, die gegen größeren Machtausübung ausgerüstet werden. Der Einfluss der Versicherungen auf die Ausgestaltung der Kassen soll gebrochen werden.

\* Eine neue Definition des Begriffes "Betriebsunfall". Nach einer jüngsten Entscheidung des Reichsgerichts am 8. Januar können Unfälle, von denen ein Arbeiter während einer Eßzeit oder sonstigen Arbeitspause bei dem ihnen gestellten Aufenthalte in den Betriebsräumen betroffen werden, grundsätzlich nur dann als Betriebsunfälle angesehen werden, wenn sie durch eine Betriebsverhinderung verursacht oder sonst auf eine dem Betrieb eigenhümliche Gefahr zurückzuführen sind. Mit dieser Begründung sind vom Reichsgerichtsgericht die Entscheidungen auf die einer Arbeiterin abgelehnt worden, welche in der Mittagspause beim Kästchendienst durch überlaufenen Spiritus erhebliche Brandwunden erlitten hatte. Die Klägerin ist nicht einer Betriebsgefähr, sondern lediglich einer Gefahr des täglichen Lebens zum Opfer gefallen. Diese Entscheidung steht mit den früheren diesbezüglichen toleranteren Entscheidungen nicht im Einklang.

\* Es wird schöner mit jedem Tag. Der Vorsitzende des Centralverbandes der Hand- und Gewerbeleute, Löffelholz, und Arbeiterinnen Deutschlands erhielt vor langerer Zeit vom Polizeipräsidenten von Hannover, wo der Verband seinen Sitz hat, eine Verfügung, durch welche er aufgeschreckt wurde, ein Verbot einzurichten, dass Angehörige des Verbandes einzurichten, gleichgültig, ob der Verband direkt oder durch einen Vertretermann bestimmt einer Zahlstelle mit ihnen verbreitet. Der Verband befiehlt sich mit "öffentlichen Angelegenheiten", weil er der Arbeitsnachweis, das Berichtswesen (I) und Wohnungsvertrag regeln wollte. Nach vergleichlichen Beschwerden beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten fragte der Vorsitzende beim Oberverwaltungsgericht. Sein Vertreter, Meissnerwall Freudenbach, mache geltend, dass der Polizeipräsident von Hannover höchstens ein Verbot derjenigen Mitglieder hätte verlangen können, die den in seinem Bezirksgesetz vorhandenen Zulassungen des Verbands angehörten. Alle anderen Zahlstellen des Verbands gingen ihm nichts an, denn sie führten ein besonderes Vereinsrechtliches Leben und ihre Bevollmächtigten waren verpflichtet, den für sie maßgebenden Ortsverbänden gegenüber die Vorrichtungen des Vereinsgesetzes zu erfüllen, vorausgesetzt, dass dieses überhaupt Anwendung finde. Die Zuständigkeiten des Polizeipräsidiums sei nur auf die Stadt beschränkt. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch, legt die Klage nach zweifelhafter Verurteilung zurück, und gab somit dem Polizeipräsidium recht. Gründe wurden nicht verklärt. Die Tragweite des Urteils wird erst erkennen werden können, wenn die schriftliche Begründung vorliegt. Der Verband hat 150 Zahlstellen mit etwa 2000 Mitgliedern. Der Vorstand des Verbands wird ja die weiteren polizeilichen Maßnahmen an sich herantreten lassen müssen; denn, dass er nunmehr gewillt sein wird, die Gesamtmitgliedschaft einzurichten, glauben wir nicht, weil das Verlangen tatsächlich unerschöpferlich diente.

Aberlich ist übrigens auch der Vorstand eines katholischen Vereins, des "Windthorstbundes" in Essen, der auch in einigen anderen Städten Mitgliedschaften hat, zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er die Mitglieder des Bundes nur der Polizeihörde, in der Bund seines Sitzes hat, anmeldete. Nach einem Rechtsstreitentscheid des Kammergerichts gegen das ehemalige freispredende Kreisels entschied dann die Essener Strafammer: Den einzelnen Polizeihörden müsse ein Mitgliedsverzeichnis in dem in ihrer Mitglieder des Bundes eingetragen werden. Das Verbindungskreisels ist gefallen — es lebe die Polizeipläder!

\* Mit dem Amtsstundentag der bayerischen Bergarbeiter ist es nichts. Die bayerischen Abgeordnetenkammer hatte, wie wir fürstlich mithielten, die Einführung des Amtsstundentages für die Bergarbeiter beschlossen; nun hat die bayerische Reichsratskammer, ein ähnliches Institut

wie das bayerische "Herrenhaus", den diesbezüglichen Paragraphen einstimmig abgelehnt. In der Diskussion wurde vom Referenten, Professor Dr. Beckmann, verteidigt, dass der neue Paragraph wegen seines allgemeinen Charakters ungünstig sei; es werde notwendig sein, bei der Benennung der Arbeitszeit auf besondere Eigenarten der einzelnen Betriebe, wie Gesundheitsgefährlichkeit usw. Rücksicht zu nehmen und barnach in den Arbeitsordnungen den Verkürzungsumfang der Arbeitszeit vorzunehmen. Schließlich wurde ein Antrag, als § 189a angenommen, der die Überdauerung ermächtigt, in Fällen, wo durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, besondere Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit zu erlassen. — Auf diese "besondren Vorschriften" werden die Arbeiter warten können.

\* Die Wohnungswirtschaft in Düsseldorf ist so groß geworden, dass die Stadtverwaltung nicht umhin kann, der Erbauung von billigen Wohnungen näher zu treten. Gewissermaßen zur Verhinderung der Einwohner wurde vor einem vierten Jahre M. 1.000.000 zum Bau von Arbeiterwohnungen bewilligt. Da dies aber nur ein Trocken auf den heißen Stein ist, kostet es jetzt 15 bis 20 Hypotheken mit erichtet werden, das mit M. 20.000.000 arbeiten und Hypotheken auf Grundstücke, sowie unter gewissen Mobilisationen auch Bauauftrag hergeben soll. Der Hauptziel des Hypothekanten soll sein, der Wohnungsnachfrage nach Möglichkeit zu steuern. Erwerbszwecke, hoher Gewinn soll das Amt nicht im Auge haben. Zur Finanzierung des Amtes giebt die Stadt eine Million her; als dann sollen vierzehnzig Schuldverschreibungen ausgegeben werden bis zum Betrag von M. 30.000.000.

\* Der Deutsche Polizeiärbeiterverband, in dem Löffelholz, Stellmacher, Altmannscher, Pantoffelmacher, Drechsler, Wollmacher, Kammacher, Schuhmacher, Schuharbeiter, Kochmacher, sowie aus Holzspänen beschäftigte Arbeiter organisiert sind, hat laut Jahresabrechnung am Schlusse des Vorjahrs 68.888 Mitglieder, darunter waren als verhandelte Berufsgenossen 234 Bildhauer, 46 Böttcher, 189 Glaser, 88 Tapetierer und 208 Zimmerer. Das Hauptkontingent der Mitglieder stellen die Löffelholz mit 53.172, gegen 40.484 im Jahre 1898. Insgesamt hatte der Verband eine Mitgliederzahl von 16.307, während an Beitragsfeld M. 17.911, das ist für circa 45.000 Neukommende, eingenommen wurden. Über 28.000 Mitglieder gingen also wieder verloren.

Die Gesamtabnahme betrug (insl. der Kostenbeiträge) in den Losbänden M. 37.991,76 und der Hauptklasse M. 159.292,85; M. 840.447,28. Die Gesamtausgaben betragen M. 688.186,43, so dass ein Kostenbestand von M. 262.310,80 verbleibt, davon waren in der Hauptklasse M. 208.218,24.

Nach der Jahresabrechnung der Jahre 1898 beträgt die Gesamtabnahme an regelmäßigen Beiträgen M. 566.390, gegen M. 484.868 im Jahre 1898. Sonach hat sich die Beitragssumme um 80 p.M. vermehrt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl nach den vier Quartalen berechnet, betrug 48.987 im Jahre 1898 und 52.570 im Jahre 1899, so dass entfallt auf das einzelne Mitglied eine Beitragssumme von M. 8,86, gleich 85,2 p.M. des Beitragsrates im Jahre 1898, und M. 9,05, gleich 87,0 p.M. des Beitragsrates im Jahre 1899.

Die Jahresabrechnung für die Meisterschulbildung von M. 19.801 im Jahre 1898 auf M. 23.729, d. h. um 21 p.M. für Gemeinschaftsunterrichtung von M. 2.985 auf M. 3.660 (19 p.M.), für Sterbegeld von M. 3.662 auf M. 5.857 (60 p.M.), für Unterrichtung von M. 2.873 auf M. 4.787 (65 p.M.), für Drechselschule vertrat er sich die Abgabe auf M. 6265 auf M. 5.688 (11 p.M.), die Abgabe für Schäfer- und Entschädigungen vermehrte sich infolge der diesbezüglichen Verhältnisse des Verbandsbezirks in Gütingen von M. 18.187 auf M. 13.763 (4 p.M.); für Agitation von M. 9210 auf M. 25.795 (180 p.M.). Die enorme Steigerung der lehrgeannten Ausgabe ist auf die Agitation der Vorwürfe zurückzuführen, welche allein M. 21.642,90 auf der Hauptklasse erhalten haben. Die Meisterschulbildung wurde im Jahre 1898 verabsagt an 350 Mitgliedern ausländischer Vereine M. 941,01, oder im Durchschnitt je M. 2,69, und an eigene 4052 Mitglieder M. 22.785,67, oder im Durchschnitt je M. 5,63. In Wirklichkeit erhielten 1485 Mitglieder M. 20.658 über M. 5 bis M. 992 über M. 5 bis M. 10, 658 über M. 10 bis M. 20 und 27 über M. 20.

Für Streitunterrichtung wurden M. 229.851,15 ausgegeben. Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben für Streit mit dem Vorjahr lässt sich aus der Abrechnung nicht ziehen, da

bis zum 1. Juli 1898 noch ein Zentralstreitfonds bestanden hat, während später alle Einnahmen und Ausgaben für die Hauptstufe verrechnet wurden. Die Ausgabe für Streit war aber im Jahre 1898 erheblich höher als im Jahre 1898. Auf das einzelne Mitglied entfielen 1898 durchschnittlich M. 3,87 im Kostenbestand, gegen nur M. 2,72 im Jahre 1899, so dass der Betrag sich im letzten Jahre um 15 p.M. pro Mitglied verringert hat.

\* Der Verband der Schuharbeiter z. C. hatte am Jahresende 12.555 männliche und 639 weibliche Mitglieder. Durch die letzte größere Agitation im Herbst des verflossenen Jahres wurden an 2000 Mitglieder und 21 Tisitaten gewonnen. Die Gesamteinnahme des Verbandes, insl. Kostenbestand von M. 64.912,72, belief sich auf M. 156.129,97, während die Ausgaben M. 81.466,73 betrugen. Somit erhöhte sich der Kostenbestand auf M. 74.663,24, wovon M. 71.912,91 in der Hauptstufe. Die beliebtesten Posten in der Ausgabe sind: M. 20.522,77 für Streitunterrichtung, M. 2615,85 für Agitation, M. 6604,60 für Krankenunterstützung, M. 5884,67 für Reiseunterrichtung, M. 8972,49 für Schäfer- und Entschädigungen, M. 2404,90 für Verwaltungsmaterial und M. 16.026,16 für die Fachzeitung. Der Kastner klärt über unzählige Beitragszöglinge und nimmt an, dass im vierten Quartal allein M. 7000 zu wenig gezahlt worden sind. Dieser Nebenstand dürfte übrigens in den meisten Organisationen angetreffen sein.

\* Die Volksbildung im Deutschen Reich. Wie es im Deutschen Reichswesen im Reiche besteht ist, schübert die Berliner "Volkszeitung" nach den letzten für das Jahr 1899 vorliegenden statistischen Nachweisen. Darin geht es gegenwärtig in Deutschland 59.300 Volksschulen, in denen 8.660.000 Kinder von 187.500 Lehrern resp. Lehrerinnen unterrichtet werden. Für diese Schulen werden täglich etwa M. 841.700.000 aufgewendet, wovon den größten Theil die Gemeinden und zwar M. 243.810.000 zu tragen haben. Reich und Staat beglichen also noch nicht hundert Millionen! Den Gemeinden würde also, wenn sie alle gleichmäßig belastet wären, jeder Volksschüler im Jahre etwas über M. 20 kosten, während die Kosten von Staat und Gemeinde zusammen sich auf etwa M. 39,50 pro Volksschüler stellen. Nur einen Lehrer resp. eine Lehrerin entfallen im Durchschnitt etwa 63 Schüler. (Vielleicht zu viel für einen wissamen Unterricht.) Ein Lehrerbildungsanstalten bestehen im Reiche 188 Lehrer- und 31 Lehrerinnen-Seminare, an denen etwa 200 Lehrerinnen wirken und die etwa 19.000 männliche und 21.000 weibliche Jünglinge pro Jahr ausbilden. Hierzu kommen noch 88 staatliche Präparandenschulen mit etwa 6000 Schülern. Zusammen verursachen diese Lehrerbildungsanstalten eine jährliche Ausgabe von 15—14 Millionen Mark. Auf etwa 900 Einwohner entfällt im Reiche eine Volksschule und auf je 100 Einwohner kommen 16 Volksschüler, während erst auf etwa 400 Einwohner ein Volksschullehrer kommt. Die höchsten Kosten für die Volksschule kommen natürlich auf die Städtegemeinden.

Für das höhere Schulwesen bestehen an Gymnasien, Progymnasien, Reformgymnasien, Realgymnasien, Protagymnasien, Oberrealschulen, Realischulen und Mittelschulen, aber wie die Anstalten, die der höheren allgemeinen Bildung dienen, dienen, sonst noch bezeichnet werden, im Deutschen Reich zur Zeit 1108, an denen ein 18.880 Lehrer starker Stab rund 288.000 Schüler unterrichtet. Die Kosten für diese Schulen belaufen sich auf über M. 70.000.000, welche zum größten Theil aus den eigenen Einnahmen der Anstalten, durch das Schulfond, durch Stiftungen und Gemeindezuflüsse gegeben werden, da hier der Staatsaufwand im Verhältnis sehr zu den geringen staatlichen Kosten, welche die Volksschulen erfordern, unerheblich zu nennen ist. Im Durchschnitt kommt auf eine solche Anstalt rund 280, und auf eine Lehrkraft — man denkt an die 63 Volksschüler — etwa 17 Schiller. Außer diesen öffentlichen Anstalten befinden aber im Deutschen Reich noch 306 höhere Mädchenschulen mit 4028 Lehrkräften — 2100 männlichen und 1925 weiblichen — in welchen etwa 75.000 Schülerinnen einen höheren Unterricht geniessen. Die erst in neuerer Zeit entstandenen Mädchengymnasien nehmen einer raschen Aufzähnung. Die Unterhaltsungsosten für die höheren Mädchenschulen sind im Allgemeinen auf etwa M. 15.000.000 zu veranschlagen, so dass die Unterhaltsungsosten für das höhere Schulwesen im Reiche, die Hochschulen nicht mitgerechnet, sich auf etwa M. 85.000.000 belaufen.

Ein Riesengebäude für 400000 — sage und schreibe vierhunderttausend! — Menschen wird (natürlich) in Amerika geplant. In Newark soll dieses Haus in einer Ausdehnung von 200 (l.) Stock das Acht der Welt erlösen! Erbauer bestimmen wird die Architektenfirma Hardling & Good sein, welche das große Post- und Telegrafenbüro und mehrere andere herausragende Bauwerke in Newark geschaffen hat und ihre Hand namentlich zu einem Humpen bieten würde. Auf die Idee, ein zwölhwunderstöckiges Haus zu bauen, ist ein Kapitalist gekommen, welcher die eben genannte Architektenfirma beauftragte, den Plan zu konstruieren und zu berechnen. Für den ersten Augenblick hielten die Baumeister die Sache für einen Scherz; mit der Zeit überzeugten sie sich aber ziemlich, dass die Idee durchaus nicht so praktisch und lohnend zu sein vermag. Das Gebäude soll im Stadtteil Manhattan zwischen der 6. und 8. Avenue und der 22. und 23. Straße errichtet werden. Die Grundfläche wird etwa 12.000 qm einnehmen, die 200 Stockwerke messen jedes etwa 45 m, so dass das ganze Gebäude, wenn es fertig ist, etwa dreimal so hoch sein wird als der jetzt so angebaute Eiffelturm. Die Statue der Freiheit im Hafen von Newark ist 86 m hoch, das projektierte Riesengebäude wird demnach zehnmal so hoch werden. Die Mauern werden aus Stahlplatten, die mit Zement ausgegossen sind, bestehen, und zwar wird die Stahlplatten nahezu so in die Wände eingebettet, dass sie nicht ausbrechen, wenn es fertig ist, etwa dreimal so hoch wie jetzt so angebaute Eiffelturm. Die Statuen der Freiheit im Hafen von Newark ist 86 m hoch, das projektierte Riesengebäude wird demnach zehnmal so hoch werden. Die Mauern werden aus Stahlplatten, die mit Zement ausgegossen sind, bestehen, und zwar wird die Stahlplatten nahezu so in die Wände eingebettet, dass sie nicht ausbrechen, wenn es fertig ist, etwa dreimal so hoch wie jetzt so angebaute Eiffelturm.

Zentralstelle ist der phantastische Plan interessant genug, um in unserer "Technischen Wochenschrift" registriert zu werden. Sollte die Bauausführung aber wirklich mal in Angriff genommen werden, dann werden wir natürlich eingehender im "Grundstein" darüber berichten. Wir haben zwar das grösste Interesse an den Leistungen der amerikanischen Technik, aber dieses Projekt erscheint uns doch zu lächerlich! Sollte unser Zweifel unterdrückt sein, na, dann werden wir natürlich jeder an dieser Stelle weiterlesen! Ob das wirklich sein wird, das wird ja die Zeit lehren!

Der Herstellung einer Stollmaschine werden nach einem Patent von P. Janssen in Brüssel (D. R. P. 98.809) in einem Dampfapparate bei ca. 3 Stunden lang fortgesetzten gleichmässigen Bewegen der Maschine 19 Theile Dammarharz und 5 Theile Asphalt in 20 Theilen Terpentin gelöst und bis zu einer Konzentration von 20 bis 25 Grad B. eingedampft. Eine

Mischung von 28 Theilen Graphit, den gleichen Theilen China-Clay mit 21 Theilen Terpentin, durch Spezialmaschinen intensivemisch, wird obiger Masse bei einer Temperatur von 80 bis 100 Grad beigegeben und das Ganze unter sich auf das Innigste vermengt. Das dadurch entstandene schwerflüssige Produkt wird in einer Fasshülle auf's Feinstre gewalzt. Ein Zufas für Sterbegeld von M. 3.662 auf M. 5.857 (60 p.M.), für Unterrichtung von M. 2.873 auf M. 4.787 (65 p.M.), für Drechselschule vertrat er sich die Abgabe auf M. 6265 auf M. 5.688 (11 p.M.), die Abgabe für Schäfer- und Entschädigungen vermehrte sich infolge der diesbezüglichen Verhältnisse des Verbandsbezirks in Gütingen von M. 18.187 auf M. 13.763 (4 p.M.); für Agitation von M. 9210 auf M. 25.795 (180 p.M.). Die enorme Steigerung der lehrgeannten Ausgabe ist auf die Agitation der Vorwürfe zurückzuführen, welche allein M. 21.642,90 auf der Hauptklasse erhalten haben. Die Meisterschulbildung wurde im Jahre 1898 verabsagt an 350 Mitgliedern ausländischer Vereine M. 941,01, oder im Durchschnitt je M. 2,69, und an eigene 4052 Mitglieder M. 22.785,67, oder im Durchschnitt je M. 5,63. In Wirklichkeit erhielten 1485 Mitglieder M. 20.658 über M. 5 bis M. 992 über M. 5 bis M. 10, 658 über M. 10 bis M. 20 und 27 über M. 20.

Für Streitunterrichtung wurden M. 229.851,15 ausgegeben. Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben für Streit mit dem Vorjahr lässt sich aus der Abrechnung nicht ziehen, da

## Der vorjährige Zwidauer Maurerstreit und der sächsische Landtag.

Bekanntlich wurden unsere Zwidauer Kollegen bei ihrem vorjährigen Streit nicht nur außerordentlich behindert, vielmehr des Streitpunktschlags, sondern auch das Streitcomite selbst wurde von Beendigung des Streits von der Polizeibehörde aufgefordert. Die gegen diese ganz unerhöhten und bisher auch nur in Zwidau vorgekommenen Einigungen der Polizei geführten Beschwerden wurden sowohl von der Streitpunktunmannschaft als auch vom Ministerium als "un beachtlich" zurückgewiesen. Das Ministerium hatte damals u. A. geschrieben:

Das Recht der Polizeibehörde, die agiotarische Täglichkeit der Leitung eines Arbeiteraustausches und das aus derselben Anlass bestehende sogenannte Streitbüreau durch Verfügung an die Streitenden unter Androhung von Ordnungsstrafen für Überhandlungsfälle im öffentlichen Interesse kann für aufgelistet zu erklären, wenn der betreffende Ausstand durch Abbernahme der Arbeit seitens der Bevölkerung sein Ende erreicht hat, ist auch nach der früher bereits anlässlich eines ähnlichen Falles ausgeprochenen Amtshandlung des Ministeriums des Innern zweifellos und steigt die Bestimmungen der §§ 152, 158 der Reichsgewerbeordnung nicht entgegen.

In der Sitzung der zweiten sächsischen Kammer am 4. April dieses Jahres hat nun der sozialdemokratische Abgeordnete Seifert Zwidaus Gelegenheit genommen, die ganze Geschichte der polizeilichen Chikanen nochmals aufzuführen, um vor dem ganzen Lande festzustellen, daß Recht und Gerechtigkeit bei der Zwidauer Polizeibehörde äußerst schlecht aufgehoben seien. Genosse Seifert führte aus, daß der Polizeikadett zu Zwidau nach zwölfmonatlicher Zwidauer sächsische Streitposten arbeitete, sich in der ersten Zeit vom Bahnhofe und später auch von der Bahnhofstraße weg. Auf der Bahnhofstraße habe jeder Fußgänger haben und drücken sie vier Meter Breite. Es könne also, wenn einmal zwei Streitende auf der Straße zusammenstünden und plauderten, von einer Verkehrsbehörde absolut keine Rede sein. Tropödem habe der Polizeistadtrath Witte die Schule angegeben, sowie zwei Männer zusammenstünden, und sei es auch nur eine Minute, sie sofort zu arrestieren. Infolgedessen seien 30 Strafmandate wegen groben Unrechts- und Verkehrsübertretungen erlassen worden. Von Verkehrsbehörden könne aber schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Streitenden in frischer Morgenstunde, wo ein ganz geringer Verkehr stattfinde, auf dem Bahnhof waren oder die Straße entlang gingen.

Zwei Agenten der Unternehmer dagegen und diese selbst könnten sich auf dem Bahnhofe den ganzen Tag ungehindert herumtreiben. Die Agenten könnten auf dem Bahnhof stehen, die Kunden plaudern, da könnten zwei, drei, vier, fünf Unternehmer hinzutreten, da hat sich der Gendarmer vom Bahnhof dazu gesetzt; es haben sich zwei, drei, vier Schaulente dazu gesetzt, so daß auch Personen zusammen ständen. Dieselben haben für "Ordnung" gesorgt, und eine Verkehrsbehörde lag infolgedessen nicht vor. Hier kann man sagen, das war das gemütliche Sachsen, hier kann das so gehandhabt werden. Sowohl ist man gegangen, die Agenten haben sich sogar auf den Tischen, die vor dem Wirtshaus aufgestellt sind, gemütlich platziert, als ob die Mittagsmahlzeit eingenommen werden sollte, und kein Gendarmer, kein Schuhputzer hat sie weggewiesen. Sie hatten das Recht, sie hatten gewissermaßen die Situation erfaßt, und sagten: "Wir sind die Herren im Hause". Es hat sogar der Polizeipräsident gefragt: "Ich befiehle Ihnen, hier auf dem Platz zu bleiben und sich nicht wegzuwenden zu lassen." Und wenn dann reiende Männer zugereist kamen, die nichts vom Streit wußten, so wurden sie von den Agenten mit Hilfe von Schaulenten zu den Unternehmern in Arbeit gebracht.

In ironischer Weise führte Genosse Seifert dann weiter aus, daß die Maßnahmen des Zwidauer Polizeistadtrathes natürlich nur im Interesse der "Ordnung" getroffen worden seien, nicht etwa im Interesse der Unternehmer. So etwas thut die Polizei in Sachsen nie! Es ist alles nur im Interesse der "Ordnung" geschehen; man möchte sagen, aus sächsischer Gemüthsfehl.

Bei einer früheren Besprechung von Streitmaßnahmen seitens der Polizei hatte der Minister v. Meissl darauf hinweisen, daß ihm verschiedene Einwilligungen der preußischen Oberlandesgerichte vorlagen, die ausdrücklich die Zuständigkeit des

Flusses werden wie beim Blaustein-Tunnel zwei Schächte angelegt werden. Die ganze Länge des Weges (bei Tunnel und der Zuführten) wird dann um ein Geringes länger sein als beim Blaustein-Tunnel, nämlich 2022 m. Die Kosten des Unternehmens sind auf M. 44 000 000 veranschlagt, wovon M. 16 000 000 auf Errichtung von Grund und Boden entfallen.

Interessante Prüfungen von Fussbodenbelag-Materialien sind in Philadelphia (Amerika) ange stellt worden. Das Prüfungsverfahren wird in folgender Weise vorgenommen: eine gewöhnliche eisene Schleifstrommel, wie man solche in Steinfeuerstellen verwendet, um Werkstätten aus Marmor oder Sandstein eine glatte Fläche zu geben, wurde mit einer Geschwindigkeit von 75 Drehen in der Minute in Umdrehung versetzt und die zu prüfenden Baustoffe wurden auf Sandsteinbelag schicklich und mit der abziehenden Seite nach unten gehalten, auf die die Schleifstrommel aufgebracht, die beständig nach gehalten und mit scharfem Sand verorgt wurde. Die genannten Wände waren alle von gleichem Gewicht, so daß das Abziehleben in allen Fällen unter gleichem Drucke von Statten ging. Überallwohl war-namentlich das Verhalten von Gummi-Belegplatten, welche diese scharfe Behandlung unter allen Materialien am besten bestanden, indem nach einer Stunde fortgesetzten Beladen nur eine Schicht von 0,4 mm abgeschafft wurde. Nachdem lieferter "Englishiancasticite" (den Metallischen Flecken verband) das beste Ergebnis mit 8 mm Verlust in einer Stunde. Der unter der Benennung "Granolith" in den Vereinigten Staaten vielfach als Fußbodenbelag verwendete Kunstmarmor wurde als dritter in der Rangfolge befinden mit 10 mm Verlust die Stunde, während "Blus stone" vom Hudson River 14 mm im gleichen Zeitraum verlor.

Die Marmortesten, die der Prüfung unterworfen wurden, schafften sich ohne Ausnahme schnell ab. Eine Probe von Marmormosaik verschwand binnen 85 Minuten gänzlich unter dieser Behandlung, während unter welcher Marmor von Vermont in einer Stunde 19 Millimeter von seiner Fläche einzubüßen.

allgemeinen Verbots des Streitpostenstehens ausprägen. Hieran knüpft Seifert an und wies darauf hin, daß die Sachen die malerisch glänzende Weise nicht auf Preisen sich zu berufen brauchten. Sie mit Strafmaßnahmen bedrohten Männer haben sich dabei selbstverständlich nicht verhängt, sondern haben sich an das Amtsgericht Zwidau gewandt. Und das Gericht hat, nachdem die Schaulente als Zeugen vernommen waren, erklärt: Ja, unter jüchen Umständen ist das Streitpostenstein absolut nicht strafbar, und hat die Leute freigesprochen, daß in tatsächlich festgestellten der Verkehrsbehörde und dem großen Unfall. Der Anwaltskant glaubte, das könne nicht sein und hat Berufung eingereicht beim Landgericht, und auch das Zwidauer Landgericht glaubte, das könne nicht sein und hat Berufung eingereicht beim Landgericht, und auch das Zwidauer Landgericht hat folgendes freilegende Urteil verkündet:

Seit der Art und Weise, wie die Angeklagten Streitposten standen, und daß sie nur ihnen als Männer sofort feindliche Personen aufsprachen, sei keine Verletzung des Publizums und somit auch kein grober Unfall zu erledigen. Das längere Zusammenstehen der Angeklagten könne aber auch nicht als Verkehrsbehörde angesehen werden, weil eine tatsächliche Störung des Verkehrs nicht stattgefunden habe. Es müsse deshalb die Verzettelung der Staatsanwaltschaft verworfen und die Angeklagten freigesprochen werden. Die Tragung der Kosten wurde der Staatsanwaltschaft überwiesen.

Vertreter des "großen Unfalls" und der "Verkehrsbehörde" ist also offensichtlich erwiesen, daß der Zwidauer Polizeistadtrath auch nicht den Schaden des Rechtes hatte, die Dienstposten der Streitenden zu hindern. Aber was wurde sonst noch unter den Augen und unter Mitwissen der Polizei von den Unternehmen gemacht. Abgeordneter Seifert führte vor dem Landtag aus: Die Agenten und Schaulente haben die böhmischen Männer — nachdem diese über den Streit ausgetastet und zur Abreise bereit waren — an der Abreise verhindert. Auf dem Bahnhofe sind die böhmischen Männer seitens der Schaulente das Fahrgebl und die Fahrtarten weggenommen worden. Fahrgebl und Fahrtarten waren den zur Abreise Geneigten vom Streitcomite ausgeschildert worden. Die böhmischen Männer wurden vom Bahnhofe wieder zurück und den Bahntunternehmen zugeführt und die Leute mußten arbeiten, ob sie wollten oder nicht. Nun, das ist alles geschehen im Interesse der "Ordnung", bei Leibe nicht, um die Unternehmer damit geholfen zu unterstützen. Ich glaube, der Polizeibehörde wird der Dank der Unternehmer nicht auszureichen sein und die Unternehmer werden sich gelagt haben: Eine so schändliche Polizei laufen wir und gehen, da brauchen wir kein Zuchthausgele; es genügt dort und ganz, wenn die Polizei immer so vorgeht, wie es in Zwidau geschehen ist, denn ist ein Streit von vornherein aussichtslos, denn ist keine Aussicht, daß der Arbeiter einmal seinen Willen durchsetzen kann, um seine Lage zu verbessern.

Weiter führte Seifert aus, daß das Vorgehen der Agenten und Schaulente wohl als Diebstahl zu qualifizieren sei und gegen andere Personen auch rechtmäßig mit Geschwanksstrafe geahndet werden wäre. Die Kreisbaumanstalt hat auch in diesem Falle das Vorgehen der Zwidauer Polizei nicht gebilligt, sondern verfügt, daß dem Streitcomite die gemachten Zuwendungen zurückgekehrt werden. Aber die Streitenden hatten doch zunächst den Schaden und den Unternehmern entwegen den Maßnahmen der Polizeibehörde ein unermesslicher Verlust.

Den "Hauptrumpf" hat aber der Zwidauer Polizeistadtrath mit der Auslösung des Streitcomites ausgetestet und dieser Bereich gegen das Koalitionskreis der Arbeiter ist, wie aus dem ministeriellen Schreiben ersichtlich, auch ungünstig geblieben. Abgeordneter Seifert führt in seiner Rede hierzu aus: Es ist im ganzen Deutschen Reich noch nicht dargetan, daß die Polizeibehörde einen Streit für beendet erklärt, mit der Motivierung, daß der nur noch gegen 40 bis 50 Personen im Streit stehen. Außerdem wurde von Seiten der Polizeibehörde dem Streitcomite bei M. 100 Strafe verboten, eine weitere Täglichkeit zu entfalten. Auch dem Wirt des Lokals, in dem das Streitcomite sein Bureau eingerichtet hatte, wurde bei Strafandrohung unterstellt, keine Polizisten zu dem Zweck herzugeben. Abgesehen davon, daß die Polizeibehörde überhaupt nicht mehr hat, daß Streitcomite aufzufinden, der der Polizeistadtrath von Zwidau aber auch überdrüssig gelassen, daß am 800 Tonnen in Zwidau beschäftigte Männer abgereist waren und 120 zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Mehrere größere Bauten waren noch nicht zur Hälfte mit den nötigsten Arbeitskräften besetzt. Von

der Beendigung des Streits konnte also absolut keine Rede sein. Aber wenn der Streit auch tatsächlich beendet gewesen sei, dann hätte das Streitcomite vor seiner Auflösung doch noch so manche wichtige Arbeit zu erledigen, die zu hindern, durchaus nicht im Interesse der Polizei läge. Es ist, von den Beworden eingewendet worden, der Streit sei ja doch 14 Tage später von den Streitenden selbst aufgehoben worden. Dies ist einmal aber mir auf Grund der polizeilichen Unterbrechung geschehen und zum anderen, weil sich die Hauptforderung durch die verfügbare Tageszeit von selbst erledigt hätte. Die Hauptbedingung des Streits war nicht etwa die Bohnerhöhung — das war erst in zweiter Linie der Anlaß zu dem Streit — sondern die Verkürzung der Arbeitszeit war das Ereignis, was den Streitenden verlangt wurde. Und, meine Herren, wer eingerahmt will, daß der gewöhnliche Arbeiter auf eine höhere Stufe gehoben werde, der muß entscheiden — es bleibt kein anderes Mittel — hier einzutragen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das einzige Mittel, welches jedem — Kulturmensch — an's Herz gelegt werden muß; damit wir die Menschen, die auf einer tieferen Bildungslinie stehen, der Kultur zugänglich machen, mit ihr eingehen und die Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Sämtliche Polizeibehörde nicht zu Gunsten des Unternehmers eingeschränkt, so hätte, glaube ich ganz bestimmt, die Annahme keine Rechte bekommen, und auch die Annahme wäre gewungen gewesen, sich mit den Gefesseln in's Einvernehmen zu schenken und sich beiderseits zu vereinigen, um gegenseitig die Meinungen darüber auszutauschen, wie es möglich ist, daß die Arbeit wieder angefangen wird. Aber durch das Eingreifen der Polizeibehörde ist gewissermaßen dem Unternehmertum so viel Unterstützung gezeigt worden, daß das Unternehmertum sich gezeigt hat; unter solchen Umständen haben wir es nicht notwendig, mit den Geselln zu unterhandeln, und aus diesen Gründen müssen wir sie liegen. Es ist also der Streit durch das Eingreifen der Polizeibehörde zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen. Und, meine Herren, was haben wir nun zu gewährten? Auf jeden Fall, daß der Streit für Zwidau für alle Bewohner in diesem Jahre beendet wird, sehen wir das Schauspiel in diesem Jahre wieder beginnen. Die Männer sagen: "Wir werden es in diesem Jahre besser machen; wir müssen zur Erfüllung unserer Forderungen gelangen" und wir sehen, daß der Streit in Zwidau wieder von Neuem beginnt.

Meine Herren, das Ministerium hat gefragt, die politischen Bestimmungen ständen dem Koalitionsrecht nicht entgegen. Außerdem, das Koalitionsrecht wird dadurch dem Arbeitssmann absolut nicht "genommen"; denn diese Paragraphen bleiben ruhig mit dem Papier stehen. Die Arbeiter haben heute noch den § 152 der Gewerbeordnung, aber dem Papier stehen, aber Gebrauch davon machen dürfen sie unter keinen Umständen; dann werden eben mit Hilfe der Polizei unerlaubige Dinge gemacht, wie ich Sie Ihnen vorgetragen habe. Dann wird der Gesetzesparagraph klarstellend genug und den Arbeitern ihr Recht vollkommen genommen.

Meine Herren, ich glaube, jeder Mensch, er mag einer Parteiziehung angehören, welche er will, muß die Art, wie von der Polizei das Gesetz ausgelegt und angewendet werden ist, missbilligen. Es ist garnicht zu bewundern, daß ein großer Theil von uns sich sagt: "Wir leben in einem Klassenstaat, wo uns jedwedes Recht genommen ist."

Die Ausführungen Seifert's wurden dann noch von den Genossen Freidorff und Hofmann in recht treffender Weise unterstützt. Freidorff wußt auch auf den Birnauer Mauerstreit hin, wo die Polizeibehörde ebenso unberechtigt vorgegangen sei wie in Zwidau.

Der Minister v. Meissl stellte sich auf den Standpunkt, daß die Polizeibehörde grundsätzlich berechtigt sind, das Verbot des Streitpostenstehens auszurichten. Und wenn und sehr bald die Jubiläumsfeier gegenüber diesen Prinzipien im Süden liege, so habe ich bereits auch früher darauf hingewiesen, daß wir durch unsere einschlägigen Gesetze und Verordnungen von 1872, Verkehr auf Wegen bereitstehend, in der Lage sind, zur Sicherung des Verkehrs auf öffentlichen Wegen und Straßen, derartige Verbote, in welcher Form es nun auch ist, aufzubringen. Auf diese Verordnung sowohl wie auch auf den übrigen einschlägigen Bestimmungen ruht der gegenwärtig noch bestehende Unrecht auf Haltung der Magistrat des Verbands des Streitpostenstehens". Weiter erklärte der Minister bezüglich der Vorortswünsche auf den Straßen: Wenn Schaulente gegen die richtigen und den Bürgern unbefriedigt lassen, lassen sie sich aufgetreten sind, schon wenn

der Säure völlig durchdrungen und in fünf Stunden Klingend hart werden sollen. Die Aufnahme der Kohlenstäre von dem frischen Kohlenhydrat der Ziegel soll eine so lebhaft sein, daß die Steine dabei bis zu 90 Grad sich erhöhen und das Hydrotäpper ausgetrieben wird; gleichzeitig soll bei dieser Temperatur eine Lösung der Ziegelsäure und eine innige Verbindung des so gebildeten Ziegel- und Kohlenstauren Kalks mit dem Sande stattfinden. Eine neue zum Patent angemeldete Erfindung des Herrn Westphal wesentlich erleichtert werden, nach welcher die Kohlenstäre zur Hartung derselben nicht mehr besonders hergestellt zu werden braucht, sondern unmittelbar von dem Kalkofen gefertigt wird, in welchem der zur Bildung der Ziegelmasse erforderliche Kalk gebrannt wird.

Bei den neuern zum Zusammenpressen der Steine benutzten Mäschinen soll es in der Hand des Fabrikanten liegen, eine beliebige Dichtigkeitsgrad derselben zu erzielen. Der Kalksandziegel läßt sich daher ein gleicher Grad von Konsistenz gewinnen, welche er benötigt, um seine Art am Gewicht und Festigkeit gleich zu stellen. Überlegend hin sie den letzteren durch die vollkommene Gleichmäßigkeit des Form, welche es gestattet, mit ihnen durchaus glatte, einschließlich gläserne Pappverbrüge bedürftig Wände aufzustellen. Der Ziegel hat auf Kunststein erheblich besser, als auf Thonziegel. Selbstverständlich eignen sich die aus jenen geformten Ziegel, denen durch entsprechende Zusätze jede beliebige Farbe verliehen werden kann, auch zu jeder Art des Ziegelgebäudes.

Es darf wohl zu erwarten sein, daß das neue Baumaterial — zunächst von Berliner Baustoffen — mit den Thonziegeln in Wettbewerb treten wird. Sollen sich die Hoffnungen bewahrten, welche wir auf eine Herabminderung der Herstellungs kosten in Großbetrieben setzen, so dürfte die Erzeugung von Ziegeln aus Kunststeinsteine bald überall da sich einbürgern, wo Sand und Kalk in beliebigen Mengen billig zur Verfügung stehen und ein Massenabsatz geschafft ist.

sie sich ganz einfach zu zweien auf der Straße oder auf dem Bahnhof unterhalten hätten und überhaupt davon gar nichts hätten verlaufen lassen, daß sie gewollt seien, zureilende Arbeiter, zu reisende Maurer von der Aufnahme der Arbeit in Zwischenabschaltungen, meine Herren, wenn das der Fall gewesen ist, so steht ich vollständig auf dem Standpunkt des Herrn Abg. Seifert, daß insofern eine Interaktion der Polizeibeamten seine gerechtfertigt war.

Aber dies waren für den Minister abgehobene Fälle, denn Seifert habe den Landtag ja selbst darüber beruhigt, daß schon die Gerichte bei eingeleiteten Strafverfahren ausgesprochen hätten, daß in den vorliegenden Fällen ein polizeilicher Einschreiten überhaupt nicht gerechtfertigt gewesen wäre. Dass die Streitenden aber Schaden hätten von den ungerechtfertigten polizeilichen Maßnahmen, scheint dem Minister weiter keinen Zweck zu bereiten. Auch der Vorfall mit der Begnadung des Gehredels und der Fahrsachen war für den Minister abgehoben, da die Kreishauptmannschaft schon Remedium geschaffen habe. Also auch diesen Fall, meine Herren, sehe ich als einen erlaubten an; selbstverständlich ist ein derartiges Verfahren nicht zu billigen.

Die polizeiliche Auflösung des Streikomitees hält der Minister auch heute noch für gerechtfertigt. „Da sieht ich nun allerdings, meine Herren, nach den Mitteilungen, die mir hier vorliegen, auf dem Standpunkt — der ist ja auch durch das Ministerium in einer Entscheidung vertreten worden —, daß die Auflösung des Streikomitees in Zwidau nach Lage der Verhältnisse eine berechtigte war. Es ist damals seltsam der Polizei in Zwidau angezeigt worden zur Rechtfertigung der Auflösung der Kommission.“

„Haftrechtlich Ausländer sind im Streikbezirk nicht mehr vorhanden. Das Streikkomitee, das erst fünf Mitglieder zählte, besteht nur noch aus zwei Mitgliedern. (Abg. Oberbaurat.) Wie können Sie denn die auslösen!“ Die Ausländer sind von 65 auf 88 erhöht worden.“

Nun kommt eine Bemerkung der Polizei, die ich den Herren auch nicht vorenthalten möchte. Es ist gelagt: „Diese Agitatoren haben die Arbeit doch wohl noch nicht weder aufgenommen, weil sie als Postenstecher ausreichend begabt werden und ihnen das Nacharbeiten besser beigelegt als die Arbeit.“

Das ist, wie der Minister sich ausdrückt, sehr prägnant. Weiter glaubt der Minister darlegen zu dürfen, daß die Polizei einen großen Interesse daran hat, daß eine derartige Agitationsspitze zu einer Zeit nicht weiter besteht, wo thausächlich überhaupt zur Entwicklung einer Thätigkeit für dieselbe gar kein Anlaß geboten ist.“ Ein Streik habe thausächlich nicht mehr bestanden und das Bestehen der Streikkommission sei eigentlich nur ausgenutzt worden, um einige Ausländer ein besseres Dasein zu verschaffen. Aus diesem Grunde, meine Herren, hat die Kreishauptmannschaft die Verfügung des Polizeiamtes Zwidau wegen Auflösung der Streikkommission nur geäußert, und das Ministerium hat in der letzten Instanz die Verfügung der Behörden gleichzeitig aufzufordern.“ Aljo nur aus reiner Fürsorge, damit die Arbeitgebergruppe rechtmaßige Verhandlungen finden, haben die Arbeitgeber wie geschehen gehandelt.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten blieben dem Minister die Antwort nicht schuldig. Seifert legte nochmals dar, daß es ganz belanglos sei, ob die Zahl der Streitenden zurückgegangen sei, und ob die Streitteilung aus sechs oder aus zwei Personen besteht. Dieser Vorgang gebe der Polizei sein Recht, stunden einzutreten. Andernfalls wies Seifert aber die Ausführungen des Ministers betreffs Verelosung der Streikkommission zurück:

„Der Herr Minister hat erklärt, der Streik sei aus dem Grunde, wie die Unterhöfen mitgetheilt haben, nicht früher aufzubrechen werden, weil das Postenstechen besser beigelegt wurde als das Arbeiten. Das kann ich eingeschaut nicht auf den Leuten ablesen. Es ist das eine Unwahrheit durch und durch, und wer die Opfer kennt — die Streitenden müssen vor früh 2 Uhr auf dem Posten sein, zu den ersten Bürgern müssen sie hinaus und kommen erst Nachts 11 oder 12 Uhr nach Hause — wer das weiß, wird einen solchen Ausspruch absolut nicht richtig halten und als sehr bedauerlich aufnehmen. Diese Leute bringen ein sehr großes Opfer; sie bringen es nicht aus dem Grunde, um nur in ihrem eigenen Interesse sich beim Streik ihre Täschchen zu füllen; nein, die Streitenden sind keine solchen Personen, die sich dabei die Taschen füllen, sondern die ganz gehörige und riesige Opfer bringen; sie bringen die Opfer, um sich und ihre Mitmenschen gewissermaßen etwas aus dem Dreieck herauszuheben, sie bringen die Opfer, um die Masse besser zu stellen. Aber wenn Sie es so hinstellen wollen, daß der Streik aus dem Grunde nicht beendet werden wäre, weil das Postenstechen besser beigelegt worden wäre als das Arbeiten, meine Herren, so kann ich die richtige Antwort hierauf nicht geben, weil das parlamentarisch nicht zulässig sein würde; aber ich bedaure sehr, daß auch der Herr Minister auf einen derartigen Ton kommen konnte und das, was ihm seine Unterhöfen mitgetheilt haben, gewissermaßen nachfragt.“

Bei den konserватiven und nationalliberalen Abgeordneten der Kammer fand der Minister naßfleckige Zulässigung. Die diesbezügliche Rede des Präses ist die Güter des Reichs — auch wenn sie, wie in Zwidau, jährendes Unrecht begeht.

### Frühlingsbetrachtungen.

A. W. Wenn die Denzessonne mit ihrem Alles beglückenden Strahl die Fesseln zerbricht, die der Winter über alles, was da lebt, gelegt hatte, wenn mit Donnergeröll der wieder erwachte Strom, bereit von seinen starken Bänden, zu Thal rollt, wenn das weisse Leichtgewicht von Feld und Flur gewichen und das Hoffnungsvolle Grün der jungen Saat aus den brauenen Erdschollen heraufleuchtet; dann beginnt sich auch in den Menschenbrust ein gähnender Werderbrang zu regen.

Gleich einem Alpträum hat es auf uns gelegen, hat er auf uns gelöst, der Mann des Winters. Aus erschreckender Nähe hat es uns oft bedroht, das Gesetz des Arbeitslosigkeit mit seinem Gefolge von Hungern und Elend, mit seinem Kriemen und Darben, mit dem gellenden Klagegeschrei der hungrigen Kinder. Und am Morgen ist es herangereist und hat seine kalte, dämmrige Hand schwer ihn fühlen lassen, und die es verschonte, über denen hing das Damotlesschwert der Entlassung gar los und drohend. Soll es uns da nicht leicht um's Herz werden, da wir nun anderen und besseren Zeiten entgegen gehen?

Du lächelst so trübe und ungläubig, als glaubtest Du mir nicht, wenn ich Dich auf bessere Zeiten verweise. Ich will Dir

daher nicht zürnen; wer weiß, wie sehr recht Du vielleicht hast! Vielleicht hast Du vom Sommer auch nicht viel zu hoffen, vielleicht bringt er Dir nur Arbeit, harte Trocken und weiter nichts — vielleicht reicht es noch nicht einmal aus, Dich und die Deinen rechtlich zu ernähren, zu kleben, geschweige denn, die Schulden des Winters zu begleichen, oder gar ein paar Spargroschen für die kommende Zeit zu sammeln. Dann allerdings hat man ein Recht, unglaublich zu lächeln, wenn ein Anderer von kommenden besseren Zeiten redet. Dann hat man sein Recht, zu hoffen, daß mit der steigenden Sonne auch unser Wohlstand, unser Lebensgenuss, unsere Lebensfreude steigen werde.

Aber können wir denn weiter nichts tun, als mitleidig lächeln über die Thoren, die da immer nur hoffen und harren, von einem Jahre zum anderen; giebt es denn kein Mittel, das uns die peinigende ewige Sorge, die stets drückende Noth abnimmt oder wenigstens lindert? Es gibt kein Mittel, das uns auch einmal, und wäre es nur ein ganz klein wenig, zu helfen? Uns zu erfreuen an dem Gefange des Vogels, uns zu ergönnen an dem Krebsen und Knospen des jungen Grüns, uns zu versetzen in das Walten und Weden der Natur, in die Schafe der Wissenschaft unserer Geistesfreien, ohne immer wieder zurückzuschleichen zu werden in das Elend unseres kläglichen Daseins?

Doch, Freunde, es gibt ein solches Mittel! Es ist die Vereinigung, die Koalition, dieser mächtige Hebel aller Kulturstiftschaft! Vereinigen müssen wir uns, verbünden, aussiehen wie ein Mann gegen Jene, die uns dies alles verweigern und ihnen zuwirken: Halt, bis hierher und nicht weiter! Genug des Drucks, genug des Elends, genug der Abschweifung! Gebt uns das Thell der Güter, das uns gehört, lasst uns Thell an dem Segen unserer Arbeit, den wir mit unserem Schwere immet, oft mit unserem Herzblut, unserem Leben erringen!

Sieh, diesen Weg haben schon viele Kollegen eingeschlagen und haben Erfolg damit gehabt. Es ist also kein neuer Mittel, was wir empfehlen. Länger als 80 Jahre haben die deutschen Maurer schon mittels der Organisation um bessere Lebensbedingungen gekämpft und unter schwierigsten Zeiten, die heutigen, haben sie es oft thun müssen. Aber obgleich anfangs ein kleines Thell, haben sie wider Stand gehalten und diesem Auskarten haben die Maurer in vielen Städten es zu verdanken, daß sie Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, die zwar auch noch nicht ausreichen, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, aber doch so nah in den Großstädten möglich sei. Wo eine gute Organisation besteht, wo die Kollegen zusammen halten, da werden sich diese besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen lassen, als an Orten, wo die Voraussetzungen fehlen.

Wie sollte es auch anders sein! Die Gesamtheit ist stets stärker als der Einzelne. Schon in der Schule haben wir dies an einer bekannten Fabel gelernt, wo ein Vater seinen Sohnen aufwies, sieben zusammengebundene Säcke zu zerbrechen. Doch, so viel sich die Söhne auch mühten und so stark sie auch waren, es gelang ihnen nicht. Da löste der Vater das Band, und siehe, was die jungen starken Männer nicht fertig brachten, hatten das gelang sehr dem alten schwachen Greis: er trug die einzelnen Säcke ohne große Mühe alle in der Menge durch. Und warum? — weil das Band, das sie zusammenhielt, gelöst war. Das ist eine gar gute und lehrbare Fabel, aus der auch wir lernen können, wenn wir wollen. So lange und wenn das Band der Organisation fest zusammenhält und jeder seine Schuldigkeit thut, so lange sind wir unüberwindlich; sind wir aber einzeln und unwiug, so wird der Feind, das Unternehmen, bald zu Paaren treiben und die Folge ist: Noth, härtender Druck, noch größere Ausbeutung, noch tiefe Noth. Dies sollen alle deutschen Maurer erkennen und sich zusammenziehen. In dem Centralverband der Maurer Deutschlands.

Auch diese Organisation war anfangs klein und schwach, aber durch zahl' Arbeit für das Wohl der deutschen Maurer ist sie groß und stark geworden; heute ist der Centralverband der Maurer die größte deutsche Bruderschaftsvereinigung. Welcher Kollege hätte nicht schon von den Römern des Verbandes, seinen Erfolgen gehört! An wie viel Orten ist nicht durch sein Eingreifen eine Erhöhung des Lohns, eine Verbesserung der übermäßig langen Arbeitszeit erreicht worden. Ost gelang dies schon ohne wirklicher Kampf, ohne Arbeitsaufstellung. Die bloße Thatsache, daß die Kollegen organisiert waren, daß sie eins waren mit der Gesamtheit der deutschen Maurer, genügte in vielen Fällen, die Unternehmer zur Nachgiebigkeit, zur Bewilligung der gerechten und billigen Forderungen genügt zu machen.

Aber, auch das wollen wir nicht verschweigen, an manchen Orten war der Kampf ein erbitterter und langwiger, der große Opfer erforderte und schließlich doch keinen Erfolg brachte, wenigstens keinen Erfolg bezüglich des Lohnes, der Arbeitszeit. Woran lag das? Nun, die Unternehmer fanden Erfolg für die ausständigen Kollegen; es fanden sich Männer, die die Nothwendigkeit eines einzigen, geschlossenen Vorgehens noch nicht begriffen hatten und sich darum dazu hergaben, die entwürdigendste Rolle zu spielen, die einem Arbeiter zugemutet werden kann, nämlich Streiktreiber zu sein. Ihnen füllt sich diese nicht dazu bereit finden lassen, hätten sie die Unternehmer keinen Erfolg für die Streitenden gefunden, so hätten sie die Forderungen bewilligt müssen. Wir sehen also wieder, daß die Uneinfalt der größte Feind der Arbeiter ist und daß, wenn wir unsre Lage verbessern und Menschen, nicht Arbeitshiere, sein wollen, unter einzigem Mittel, unsere einzige Rettung und Hilfe ist: Die Organisation!

Noch reicht der Lohn zu einem menschenwürdigen Leben nicht aus, noch ist die Arbeitszeit zu lang, um uns als Mensch fühlen und behaupten zu können. Darum: Höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit! Ist es nicht ein schönes und edles Begreben, was in diesen Worten ausgedrückt ist? Admeten wir nicht alsdann uns die Widerungen dieser verfeindeten und erziehen? Können wir dann nicht unsere ganze Lebensweise vereinfachen, und wird dadurch nicht der Noth und Unwissenheit, die großen Feinden aller Kultur, gesteuert? Ist es nicht ungünstige Verbindung, seitens der Herrschenden und Mächtigen, solche Verfeindungen zu bekämpfen? Aber ist es nicht auch die größte Sünde gegen uns selbst, unserer Organisation fern zu bleiben?

Wer noch Einfluß und Thaikraft hat, für sein wohres Wohl einzutreten, wer noch ein Herz hat für seine Familie, wer noch wahre Begeisterung fähig ist für die Sache der Kultur, des Fortschritts, der same nicht länger mehr, sondern schließe sich der Arbeiterbewegung an und geh dahin, wohin ihr seine Interessen als Mensch, als Arbeiter weisen: In die Organisation, in den Centralverband der Maurer Deutschlands.

### Bangewerbliches.

\* Gährlichkeit der Arbeit. Breslau. (Eig. Ber.) Wie trok der am 1. Januar b. J. erfolgten Deorganisation unserer Baupolizei (dieselbe wurde nämlich zu einer förmlichen gemacht und wurden heutzutage strenger Baupolizei) speziell dazu Beamte (Militäramtärter) nach Abschaffung eines Kürsches angestellt auf manchen Bauten leistungsfähig, durch Aufzehrklasse der Bauvorschriften, weiter gewirtschaftet wird, möge folgendes beweisen: Auf dem Bau der Firma Schlesinger & Bendix, Königsstraße, Nr. Goethestraße, wurde im ersten Stock gearbeitet, aber an eine Abdichtung des Kellerergeschosses wurde nicht gedacht, und wurde eben aus gutem Los gewirtschaftet. Und so kam es denn auch, daß am Mittwoch, den 4., oder Donnerstag, den 5. April, der Lehrling Alois Schöler aus dem ersten Stock herabstürzte und da die Abdichtung des Kellerergeschosses fehlte, in dieses, also 8 m hoch, hinaufstieg. Glücklicherweise kam er mit einigen Hautbeschädigungen davon.

**V a n d ' s h u t .** Durch Einsturz einer Mauer wurde dem Zimmermann Bachsteiner ein Fuß abgeschlagen. Der Verursachende ist verheirathet und Vater von sieben kleinen Kindern. **M e h a u .** Der Maurer Georg Meinel erlitt bei einem Bau in Böhmen einen bedauerlichen Unfall. Das zum erstenmal errichtete Bimmerholz, welches wahrscheinlich schon abgestorben war, brach in dem Moment, wo ein Anderer mit einer Karte einen Stein auf das Gerüst schob. Die anderen Arbeiter konnten sich durch Abspringen sichern, während Meinel zu Fall kam und an seinen Armen einen Armbruch erlitt, während er am rechten schwere Verstauchung erlitt. Der Bedauernswerte bedarf mehrerer Wochen zu seiner Heilung.

\* Zum Bauarbeiterlager. Die Hamberg'sche Bauarbeiterbehörde hat die Vorrichtungen über Errichtung von Aborten an Bauten verfestet: Auf jedem Neubau müssen bei Beginn der Bauarbeiten Bedürfnishäuser, d. h. Aborte und Waschsalone, für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter hergestellt werden. Die Aborte sind entweder an das öffentliche Siel anzuschließen und mit Wasserleitung zu versieben, oder nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. Juni 1899, betreffend die Bekämpfung der Abwasser und Fakalien von den nicht oder nur zum Theil an die Siede angelassenen Grundstücken, mit Kläbien einzurichten, welche von der Bauverwaltung, Abteilung für Straßenreinigung und Abfuhr, geliefert und zwecks Entsiegelung abgeholt werden. Die Aborte sind möglichst abseits von bewohnten Häusern und von den umliegenden Grundstücken und Gebäuden in dieselben einzurichten. Die Aborte müssen gegen Witterungs einflüsse geschützt sein. Für genügende Erziehung ist Sorge zu tragen, für eine Anzahl bis zu 20 Arbeitern mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäß aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siedlungsrinne zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu befeiligen ist. Für wissame Beschäftigten ist Sorge zu tragen, daß bis zu 50 Arbeitern müssen mindestens zwei Säze und für eine größere Anzahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Säzen hergestellt werden. Auf jedem Bauplatz ist ein Waschsalon einzurichten, dessen Ablauf hinlänglich dem öffentlichen Siel anzuschließen ist. Soweit dies

Buzug ist weiter fern zu halten von Elmshorn, Weißwasser, Peine, Tangermünde, Hilbersheim, Blankenburg (Harz), Bernstein (Neumark), Rendsburg, Danzig, Neu-Ruppiner, Ahrensbök, Frankfurt a. d. O., Nehau, Göthen; von Bremerhaven-Lehe, Geestemünde, Magdeburg und Elberfeld wegen großer Arbeitslosigkeit.

\* \* \*

Die Kollegen in Lügendorf haben sich mit den Unternehmern auf einen Stundenlohn von 28 A gekämpft. Arbeit wurde am Montag, den 28. d. M., wieder aufgenommen.

Der Streik in Segeberg ist zu Gunsten der Gesellen beendigt. Sämtliche Kollegen haben die Arbeit am Donnerstag, den 19. April, zu den neuen Bedingungen aufgenommen. Folgende Gesetze haben die jetzt den Bauarbeiter noch 1 A unterstreichen: Maurermeister Hermann Dierig in Segeberg, Am Bahnhof; Maurermeister Homborg in Schremsburg, h. S.; Maurermeister Lange in Walsleben h. S.; Maurermeister Poggensee in Hamborg h. S. Die auswärtigen Kollegen werden erachtet, dieses zu beachten. Der Gesellenkampf wird bei den genannten Unternehmen nochmals vorstellig werden; im Falle sie nicht unterschreiben, soll die Sperrung über die Gesetze hängen werden.

Die Kollegen in Nienburg-Franzburg haben ihre Forderungen bewilligt erhalten und am 17. d. M. die Arbeit wieder aufgenommen.

Durch den Streik in Mirrow ist bereits ein Unternehmen genötigt worden, die Forderung der Gesellen: zehnständige Arbeitszeit und 28 A Stundenlohn, zu bewilligen, wodurch eine ganze Kluzahl Streitende in Arbeit kommt. Der Zinngießerei will zwar den geforderten Lohn, nicht aber die zehnständige Arbeitszeit bemühen. Da nur noch wenig Streitende nachbleiben, wird der Streik für heut endet und über den Zinngießereiaburde die Sperrung verhängt werden.

Am zweiten Osterferiertage sind zwölf den Unternehmern und der Gesellenvertretung in Kiel eine Unterhandlung statt, welche jedoch resultlos verlief. Die Unternehmer erklärten, auf die erste Arbeitsstunde nicht verzichten zu können, zeigten sich aber erbölk, diese als Überstunden mit 28 A bezahlen zu wollen. Als dieses Anreden von den Gesellen abgelehnt wurde, zogen die Unternehmer am anderen Tage die Angebote zurück und verlangten, dass die Arbeitszeit täglich wie bisher 11 Stunden beträgt; den Lohn hatten sie auf 28-28 A pro Stunde festgesetzt. Daß dieses Ansehen ebenfalls von den Gesellen abgelehnt wurde, verdeckt sich am Platze. Am 18. April hatten sich die Unternehmer eines Vertrages, um die zehnständige Arbeitszeit, worum es sich hauptsächlich handelte, wurde bewilligt und der Stundenlohn wurde von 27 1/2 A auf 28 A erhöht. Ob die Meister ihr Versprechen für dieses Jahr halten werden, das steht noch sehr in Frage. Hoffenlich schließen sich noch mehrere Kollegen dem Verbande an, um dann besser vorgehen zu können. Der Streik wurde durch Vermittlung eines Privatmannes (Geldmannes) beendet.

In Droyßig haben die Kollegen am 17. d. M. die Arbeit eingestellt. Von den 88 in Bericht kommenden Kollegen sind bereits in der ersten Streitwoche 24 abgereist; 15 arbeiten zu den alten Bedingungen weiter. Gefordert wird eine Lohn erhöhung von 8 Pf. pro Stunde. Nach Schluß der Redaktion geht uns noch die Nachricht zu, daß der Streik wieder beendet ist. Über die Bauten von E. Lehnemann ist die Sperrung verhängt.

Die Kollegen in Spremberg beschlossen am Sonnabend, 21. d. M., in einer stark besuchten Versammlung, am Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufzunehmen und so lange ruhen zu lassen, bis die Unternehmer die Forderung der Gesellen: zehnständige Arbeitszeit und 40 A Stundenlohn, anerkannt haben. Die Arbeitszeit war bisher noch eine elfständige und der Stundenlohn betrug 22-23 A.

In Golßen haben die Kollegen am Montag gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Stundenlohn von 30 A und die zehnständige Arbeitszeit; bis dahin wurde es Stunden gearbeitet und ein Stundenlohn von 25 A gezahlt.

Ein sehr erster Rundschau unserer Kollegen in Wiesbaden bevorzugt. In einer Versammlung der Unternehmer, die am 19. d. M. stattfand, wurde beschlossen, die Forderungen der Streitenden unbedingt abzulehnen. Eininstimmig abgelehnt wurde auch das Vermittelungsanerkenntnis des Gewerbeimpefors. Obgleich diese Bedürfnisse angeblich eininstimmig gefordert wurden, scheint es mit der Einigkeitheit der Unternehmer doch nicht weit her zu sein. Als Beweis dafür spricht der Umstand, daß die Versammlung mehr als zwei Stunden gebraucht, um zu diesem Resultat zu gelangen. Die Situation für die Streitenden ist günstig. Von 1050 Gesellen, die vor dem Streik in Arbeit waren, haben nur 89 die Arbeit nicht niedergelegt. Von den Streitenden haben in den ersten Tagen 108 den Ort verlassen, 64 sind zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten und 36 sind anderweitig untergebracht; 287 der Streitenden sind nun verheirathet und haben eine Kinderzahl von 845 unter 14 Jahren.

Die Streiks in Friedland, Mirrow, Strelitz, Neustettin (Mecklenburg), Wismar (Holstein) dauern unverändert fort.

### Stukkaturen.

Aus Neustadt (Haardt) wird berichtet, daß über die Bauten der Firma J. & C. Höhler in Düsseldorf die Sperrung verhängt ist.

In Kreisfeld haben die Steinleben einen nicht unerheblichen Fortschritt zu verzeichnen. Die Situation hat sich nämlich für die Ausständigen recht erfreulich gestaltet, als zwei große Firmen, Schiffer und Beyer, sämtliche Forderungen schriftlich anerkannt; andere große Firmen werden bald nachfolgen. — Am Schluss der vorherigen Woche haben noch zwei andere Firmen ebenfalls die Forderung bewilligt, so daß also am Montag, 28. April, etwa 50 bis 60 Kollegen die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufnehmen könnten. Zu unterstützen sind etwa noch 30 bis 40, die übrigen Kollegen sind abgereist.

Am 20. April wurde nach siebenständiger Unterhandlung mit den Unternehmern in Bremen eine Einigung erzielt und der Streik, welcher am 17. d. M. begann, aufgehoben. In dem Vertrage wurde festgelegt, daß die Arbeitszeit eine neunständige sein soll. Der Windstosslohn soll betrugen: 1. Werkstattarbeiter: a) für Gießer 20 A; b) für Formierer und Modellzusammensteller 25-26 A pro Stunde; für Lebz-

stunden soll ein Aufschlag von 5 A pro Stunde gezahlt werden. 2. Bauarbeiter: a) für Anfänger 25 A, b) für Zige und Glättarbeiter 45-55 A pro Stunde. Bei Überarbeiten sollen gezeigt werden: 1. für Anfänger das laufende Meter nicht unter 20 A, 2. für Zigarbeiter das laufende Meter nicht unter 25 A.

Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Vorsitzenden der Lohnkommission, D. Schmeide, Brunnentitz, 11.

**Z. Lohn- und Streitbewegungen der Arbeiter der Baugewerbe in der Schweiz im Jahre 1899.** Das sozialdemokratische Rätoromanische "Völksrecht" veröffentlicht eine vorläufige Übersicht über die Lohn- und Streitbewegung der schweizerischen Arbeiter im vergangenen Jahre, wonach auch die Bauarbeiter der verschiedenen Branchen ihre Kämpfe halten. Auf die Bauarbeiter entfallen demnach Fälle:

	Stell. der Gesell.	Stell. der Bauarbeiter	Stell. der Glättarbeiter	Stell. der Sperrung	Total
Maurer	1	2	—	—	3
Glämmerei	—	2	—	—	2
Bauarbeiter	8	2	—	—	10
Maler	—	2	—	—	2
Gießer	1	—	—	—	1
Bleger	1	—	—	—	1
Steinhauer	1	1	—	—	2
Total... .	7	10	—	—	17

Von diesen 17 Gesamtstufen war der zweite Streik der 2000 italienischen Simplotonarbeiter im Monat November der größte. Hier schlägt sich an der Bündner Steinhauserstreit mit 400 Beteiligten, der Streik von 200 italienischen Bauarbeitern in Rheinau bei Schaffhausen an einem großen Bauhaus, wobei die unvermeidlichen italienischen Altkontanten ihr bekanntes Unwohl traten, weiter der Streik von 800 Maurern in Bellinzona im Kanton Tessin u. a. Über den Ausgang dieser Streik werden keine Mitteilungen gemacht, doch ist bekannt, daß die Simplotonarbeiter einige Zugeständnisse erlangten. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit von elf auf einundzwanzig Stunden erhöhen. Desgleichen die Steinhauser in Airolo, die Glämmerei und Schreiner in Airolo, die Maler und Gießer in Kreuzlingen bei St. Gallen; erfolglos, da die Arbeiter war der Streik in Rheinau, wobei sich die italienischen Arbeiter selber grobste Ausrottungen zu Schulden kommen ließen. Insgeamt kamen in der Schweiz im vergangenen Jahre 75 Konflikte vor, davon 29 Streiks, 86 Lohnbewegungen, 8 Auspferungen, 5 Sperrungen waren. Im Kanton Tessin sind gegenwärtig über 4000 Steinhauser von den geradezu handelsmäßigigen Kapitalisten, die im genannten Kanton ihr Unwohl treiben, ausgeschlossen, weil sie eine neue, von den Herren willkürliche Arbeitsordnung nicht annehmen. Dieselbe wollte die tägliche Arbeitszeit

längert, wenn er nicht bis zum 1. Januar jeden Jahres gefüllt werden soll.

In Stettin, wo unsere Kollegen schon seit einigen Jahren in einer Art corporativen Vertragsverhältnis mit der Innung stehen, wurde der Vertrag auf zwei Jahre verlängert und der Stundenlohn um 8 %, auf 55, erhöht. Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden ließ sich durch Verhandlungen nicht ermöglichen.

Das in Stettin geltende Lohn- und Arbeitszeitverhältnis wurde in gleicher Weise auch in Polenau eingeführt, wo bis dahin noch zehn Stunden und 50 % Stundenlohn üblich waren.

Die Kollegen in Wedel, Schleswig und einigen anderen Ortschaften der Umgegend brachten ihren Stundenlohn auf 45 %, für einige Fabrikarbeiter auf 40 %. Es ist dies eine Lohnherhöhung von 8-8½ pro Stunde.

In Hamburg ist nach langwierigen Unterhandlungen nun auch endlich, am 9. April, die 9½ stündige Arbeitszeit eingeführt worden, bei gleichzeitiger Lohnherhöhung von 50 auf 55 % pro Stunde. Einige Tage später hat daselbe Arbeitsverhältnis in Wandsbek Platz gefunden und gleichzeitig ist es wohl möglichst in Altona und Wilhelmsburg eingeführt worden. Die Altstadt, Innung hatte im Prinzip Arbeitszeitverkürzung und Lohnherhöhung anerkannt; wollte aber das bisherige System, 1½ Stundenarbeitspaare und keine Ruhe, nicht fallen lassen, während andere Kollegen darauf bestehen, die Hamburger Zeitteilung, 1½ Stunde Frühstück und Ruhe und eine Stunde Mittag, auch in Altona einzuführen. Die Altonaer Unternehmer liegen es auf die Arbeitsniederlegung der Gesellen an, nach zweitwöchigem Streit wurde die Differenz jedoch beigelegt. Für die hauptsächlich weiter in Frage kommenden Ortschaften, wie Altona, den Holsten-Danzenfeld und Langenselk-Sielingh, Eidelstedt, wurde die Einführung des neuen Verhältnisses, soweit es noch nicht geschah, nur eine Frage der Zeit sein.

Zwischen uns und unseren Kollegen steht in den letzten Jahren gleichfalls recht eingeschoben mit der Verkürzung der Arbeitszeit bestellt haben und auch nicht über Zustand gekommen, die neuinfundierte Arbeitszeit durch Streit zu erzielen, kam es in letzter Stunde zum Vergleich. Die Unternehmer machten nachstehendes Angebot, und darunter wurde von den Maurern gegen eine sehr große Minorität und dann auch von den Innungsmännern angenommen. Der Tarif lautet: 1. a) Der Stundenlohn wird unter Berücksichtigung der bisher üblichen Arbeitszeit vom 1. April 1900 auf von 50 % auf 45 % pro Stunde erhöht; b) vom 1. April 1901 an beträgt der Stundenlohn 51 % bei 9½ stündiger Arbeitszeit; c) am 1. April 1902 tritt die zu a) und b) gegebene Arbeitszeit von 60 % Stundenlohn in Kraft. 2. Alle Überstunden und Arbeiten im Wasser werden 10-12 % pro Stunde mehr bezahlt. 3. Bei Arbeiten über Land - 8 Kilometer über die Wegelasten hinaus - werden mit 10 % pro Stunde mehr bezahlt. Falls die Arbeitsstätte in der Nähe der Wohnung des Arbeiters liegt, fällt das Landgeld fort. 4. Baubuden und Aborte müssen den sanitären Anforderungen entsprechend hergestellt werden und auf allen gebrochenen Bauten vorhanden sein. Außerdem ist es dringend notwendig, daß in jeder Baubude ein Kasten mit Verbundzeug vorhanden ist.

Auf der Insel Borstum, wo, weil Boreort, die Bauhäftigkeit hauptsächlich im Herbst und Frühjahr ausgelöst werden muss, haben sich in diesem Winter unsere Kollegen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geeinigt. Für März und April d. J. wurde der Stundenlohn auf 48 % und vom 1. Mai ab auf 45 % festgesetzt. Die Arbeitszeit bleibt bis zu Beginn der diesjährigen Hochsaison 1½ Stunden, für die ferne Zeit, natürlich auch für die nächstjährige Baumperiode, wird sie auf zehn Stunden verlängert. Eine notwendig werdende Überstundenzahl werden mit 5 % Aufschlag bezahlt. Zur Auflösbarkeit soll jeder Geselle noch Unternehmer gehalten werden. Um Überstunden wurde die Erledigung zweitwöchiger Baubuden und Aborte von den Unternehmern als notwendig anerkannt, ebenso genügende Schutzaufrichtungen auf den Bauten selbst. Maßregelungen dürfen nicht statthaben.

Die zehnstündige Arbeitszeit wurde durch Unterhandlung mit der Innung in Leer eingeführt; die Arbeitszeit dauert von 6-8 Uhr mit ½ Stunde Frühstück und 1½ Stunde Mittagspause. Der Stundenlohn beträgt für dieses Jahr 55 % und für nächstes Jahr 58 %. (Fortsetzung folgt.)

### Zur Lage der Maurer in Stettin.

Wenn von guten Organisationen die Rede ist, dann darf man mit Fug und Recht die Baufirma unseres Verbandes in Stettin mit in die erste Reihe legen. Dies war nicht immer so. Ein bewegliches Bürgertum sind die Stettiner Maurer freilich immer gewesen, aber die richtige Ausbildung hat ihnen bis vor wenigen Jahren gefehlt. Aufzuge zur Organisation finden wir bei den Stettiner Maurern, zur Zeit des ersten deutschen Maurerbundes sowohl als auch in der Periode der Fachvereine, zu einer wirklichen Vertretung der in dem Raum beschäftigten Maurer brachte es die Organisationen aber nicht. Denn als Mästisch vorhanden war, den Fachverein zu einem Machtfaktor emporzuheben, traf ich unter dem Sozialistengesetz die politische Willkür; der Verein wurde geschlossen und die hervorragendsten Führer der Maurer wurden ausgewiesen.

Trotz aller Schwierigkeiten war es den Kollegen aber doch gelungen, bis zum Jahre 1890 den Stundenlohn auf über 40 % zu erhöhen; der Durchschnittslohn soll sogar 45 % betragen haben. Die Maurer fühlten sich auch stark genug, einen Streit zu wagen, um einen Normalstundenlohn von 50 % zu fordern. Der Streit ist leider sehr gescheitert. Der Stundenlohn paratirte auch nach dem Streit zwischen 40 und 47 %. Die Arbeitszeit war schon vorher eine zehnstündige. Dann ging es aber rasch zurück, die Kollegen waren schlapp geworden, die Bauaufträge wurden auch schlechter und der Lohn sank von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1894 und auch noch zu Beginn 1895 sollen die Stettiner Maurer viestrah. für 30 % pro Stunde gearbeitet haben. Im Herbst 1895 kam es, zum partikulären Streit und wurden die meisten Unternehmer gezwungen, 40 % Stundenlohn zu zahlen, als aber die rechte Bauhälfte, die in Stettin immer in das Spätsommer fällt, vorüber war, ging auch die Lohnbelastung von vorne an, und im Sommer 1896 wurde wieder von 40 bis 30 % abwärts begabt. Auch mussten die Gesellen sich sehr oft anstrengen, "Arbeitsordnungen" gefasst lassen. Im Herbst 1896 kam es erneut zum Streit, und nach kurzer Dauer konnte konstatiert werden, daß die übergroße Mehrzahl der in Stettin beschäftigten Maurer Stundenlöhn von 42-45 % errungen hatten. Eine wirkliche Gewähr für die Beständigkeit der Lohnhöhe, hatten sie aber damit nicht.

Um die Unternehmer zur Anerkennung der Maurerorganisation und zur Bestätigung des erreungenen Lohnes zu zwingen, be-

durfte es noch eines erneuten Vorstoßes, dessen Einleitung aber eigentlich weniger bei den Gesellen als vielmehr bei den Hälftearbeitern lag. Im Herbst 1897 wurden die Maurer ausgelöpt; der Kampf dauerte 17 Tage und führte zum förmlichen Arbeitsvertrag, der bisher von Jahr zu Jahr mit einigen Abänderungen erneuert worden ist.

Der Vertrag für das Jahr 1900 hat folgenden Wortlaut:

1. Beide in Betracht kommende Organisationen, der Verbandsausschiff der Maurer und Arbeitgeberkundgebung, die das Baugewerbe zu Stettin, erkennen sich gegenseitig als nachweisende Faktoren zur Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe für Stettin und Umgegend an.

2. Zum Zweck der gegenwärtigen Verständigung und möglichst schneller Erledigung gegenwärtiger aus dem Arbeitsverhältnis entstehender Differenzen wählen die Organisationen aus ihren noch den Beruf ausübenden Angehörigen je eine gleiche Anzahl Bertrauensmänner, die als Kommission nach Vertrag gemeinschaftlich tagen.

3. Alljährlich im Herbst, spätestens aber in der ersten Hälfte des Monats Dezember, tritt die Kommission zusammen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für das nächste Jahr festzulegen, die Entscheidung der Kommission unterliegt der Nachprüfung der Betriebsräte.

4. Streitfälle zwischen Arbeitgebern und Gesellen werden in erster Linie durch die beiderseitigen Kommissionen untersucht und die Schiedsgerichte veranlaßt, Unregelmäßigkeiten gegen diese Betriebsräte abzustellen. Nach Anzeige des Streitfalls hat die Erledigung derselben innerhalb 8-10 Tage zu erfolgen. Zur Beurtheilung derartiger Streitfälle dienen einzeln und allein diese zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen. Einigen sich die Betriebsräte den Anordnungen der Kommission nicht, so haben sie keinerlei Unterstützung seitens der Parteien zu erwarten.

5. Ist zwischen den Kommissionen über die Auslegung, der getroffenen Vereinbarungen kein Einverständnis zu erzielen, so soll über die schwedenden Differenzen ein Schiedsgericht entschieden, zu welchem jede der Kommissionen einen Schiedsrichter ernannt. Als Obmann dieses Schiedsgerichtes fungiert der Oberbürgermeister von Stettin, als dessen Stellvertreter der jeweilige Vorsitzender des Gewerbebergsgerichtes. Während dieser Verhandlungen dürfen Ausschreibungen und Abstimmungen nicht stattfinden.

6. Die Bestimmungen über die Behandlung etwaiger Differenzen sollen auch Anwendung finden auf alle außerhalb Stettins von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe in Stettin auszuführende Bauten, sowie Mitglieder des Maurerverbands in Frage kommen. Schiedsgericht ist nicht zu Stettin und Umgegend, sowie Stettiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse maßgebend sind, so tritt an Stelle der Stettiner Kommission, wenn am Untersuchungsobjekt nicht ein Schiedsrichter besteht, eine der beiden bestimmt. Zwischen Stettiner Kommission, unter Einschaltung des betreffenden Unternehmens und einer Deputirten des Vorstandes des Maurerverbands. Die Behandlung auswärtiger Differenzen wird weiter davon abhängig gemacht, daß das betreffende Mitglied des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Stettin die im jeweiligen Orte zwischen den dortigen Unternehmern und Gesellen getroffenen Vereinbarungen anerkennt, oder, sofern Vereinbarungen nicht bestehen, die höchsten örtlichen Löhne zahlt und dem dort gewohnten Arbeitsverhältnis Rechnung trägt. Vor Beginn der Arbeit hat der Arbeitgeber diese Baustelle dem Vorstand des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Stettin anzumelden, und dieser macht hierauf den Vorstand der organisierten Maurer in Hamburg Mitteilung.

### 6. Arbeitszeit für 1900.

Jahreszeit	Arbeitszeit Ühr	Früh- stück Ühr	Mittag Ühr	Abend Ühr	Tägliche Arbeits- zeit Std.
Von 1.-31. Januar	7½-4½	8½-9	12-1	-	7½
1.-15. Februar	7½-5	"	"	-	8
16.-28.	7½-5	"	"	-	8
1.-15. März	6½-6	8-8½	"	4-4½	9½
16. März.-30. April	6½-6	8-8½	"	-	10
1.-15. Oktober	6½-5	"	"	-	10
16.-31.	6½-5	"	"	-	9
1.-15. November	7-4½	8½-9	"	-	8
16. Nov.-31. Dezr.	7½-4	"	"	-	7

7. Im Prinzip sollen Überstunden nicht gearbeitet werden. Hierzu sind ausgeschlossene Arbeiten, wo durch Unterlassen der Überstunden Mengenleben in Gefahr kommen, Verkehrshindernisse, Haftpflicht oder Naturereignisse zu verhindern sind, sicher Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten in Fabriken.

Bei mehrtägiger Nacharbeit tritt ein ordnungsmäßiger Schichtwechsel ein.

Im Bezug auf Fabrikarbeiten wird noch bemerkt, daß Überstunden in der kürzeren Arbeitszeit erst nach 6 Uhr Abends beginnen. Alle Überstunden ohne Nachschichtbetrieb soll allgemein angegeben werden eine Stunde vor Beginn und zwei Stunden nach Schluss der vollen Arbeitszeit.

8. In den Tagen vor dem großen Festen, also Ostern und Pfingsten, soll um 4 Uhr Nachmittags Feierabend sein.

9. Der Lohnzettel für das Jahr 1900 wird, wenn in der Zeitstellung nichts Anderes beschlossen wird, für die Arbeitsstunde eines Maurergesellen auf 47 % festgesetzt mit der Maßgabe, daß durch Überstundentitel und Alter weniger leistungsfähig gewordene Gesellen einen Lohn nach freier Vereinbarung mit dem Arbeitgeber erhalten, ohne daß daraus die Vereinigung der Arbeitnehmer eine Veranlassung nimmt, die betreffenden Arbeitgeber in irgend einer Form durch Arbeitszeitstellungen zu schädigen.

Die Junggesellen, welche sich im ersten Jahre nach der Lohnzeit befinden, erhalten einen Mindestlohn von 42½ % pro Stunde.

10. Für alle Überstundenarbeiten, mit Ausnahme derjenigen in Fabriken, soll ein Lohnzuschlag von 25 p.-% gezaubert werden. In Ausnahmefällen, bei welchen dem Arbeitgeber durch Verderben von Materialien, als Zement, Gipsmörtel etc., nach dem Nutzloswerden ein Schaden entsteht kann, wird eine kleine Überforschung der Arbeitszeit bis zur Ausdehnung einer halben Stunde nicht als Überstunde bezahlt.

11. Der Wochenlohn findet am Freitag und die Lohnzahlung am Sonnabend nach Schluss der Arbeit auf der Bauweise statt.

Ausgeschlossen sind hiervon die kleinen Reparaturarbeitsstellen; die dort beschäftigten Gesellen haben sich ihr Geld nach Schluss der Arbeit, wenn nichts Anderes angeordnet ist, vom Bureau abzuholen. Am Sonnabend aus der Arbeit tretende Gesellen, welche die eingeschaltete Zeit nach Wochenlohn ausbezahlt haben wollen, müssen dies einen Tag vorher den Meister wissen lassen und werden ihnen dann am Sonnabend die Bohn und Papiere ausgebändigt.

### Sonstige Bestimmungen.

Auf jedem Bau muß eine geräumige, witterdichte Kammer vorhanden sein, dieselbe muß mit verschließbarer Thür und dichten Fenstern zum Dachraum, gepflastert oder gebetonet werden. Die Innung hat die entsprechenden Vorschriften zum Herstellen derartiger Räume aufgestellt.

Staubentwickelnde Materialien dürfen in diesen Buden nicht gelagert werden. Weiter muß auf jedem Bau ein sanitäres und städtisches Aufprächen genügender Abort vorhanden sein.

In den Bezirken, wo Sanitätswagen vorhanden sind, hat jeder Bauteil auf den Baustellen in seinem Spind Einwaage und Heftbüro für kleinere Verkäufe bereit zu halten.

In den Bezirken, wo Sanitätswagen nicht vorhanden sind (Grabow), muß auf dem Bau ein Kasten mit Verbandzeug vorhanden sein.

Zum Herstellen von Lebensmittel und Getränken zum Frühstück und Bescher wird vom Bauteil ein Mann bestimmt; außer dieser Zeit ist von demselben nur für Trinkwasser zu sorgen.

Es steht jedem Arbeitgeber und Gesellen frei, jederzeit das Arbeitsverhältnis ohne Klägerung und ohne Angabe von Gründen aufzulösen.

Die Krankenstellen, sowie Arbeitsbücher der Arbeitnehmer bleiben während der Dauer des Arbeitsverhältnisses im Bureau des Gesellschafts in Verwahrung und werden nach Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, nur an diese wieder im Bureau ausgehändigt.

Unfallversicherungsvorschriften sind auf den Bauten sichtbar auszuhängen.

Außerdem ist für den Innenausbau ein Abstand von 1000 m zu gewährleisten.

Alljährlich der vorjährigen Vertragszeit forderten unsere Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes auf 50 %, sowie die wechselseitige Erhöhung des Außordnungsvermögens der Stadt und des Bauamtes herbei, damit der Kollegen der Wunsch vor, statt der einstündigen eine anderthalbstündige Mittagspause einzuholen, damit wenigstens die Mehrzahl Gelegenheit habe, im Kreise der Freunde das Mittagsmahl einzunehmen. Aber auch ohne dies stellt sich die Nördlichkeit der verhältnismäßig Arbeitnehmer nicht mehr heraus. Die Arbeit der Maurer ist infolge der ständigen Anstrengung und Einschläfe der Witterung derartig aufgewirkt, daß schon deshalb die Arbeitszeit ganz erheblich aufgesetzt werden müste.

Wie auftriebend die Maurerarbeit ist, geht aus einer Statistik hervor, die im vorigen Herbst von den Stettiner Kollegen aufgenommen wurde: Von 985 Maurern (ohne Bogen), die sich an der Statistik beteiligten, hatten nur 148 ein Lebensalter von über 40 Jahren. Von diesen standen 70 im Alter von 41-45, 42 im Alter von 46-50, 30 im Alter von 51 bis 55 Jahren und einer war über 70 Jahre. Neben 6 Jahren alte Maurer giebt es also, abgesehen von dem einen Veteranen, nicht in Stettin; aber auch die Zahl Djerigen, die, wie man sonst sagt, im besten Mannesalter stehen, machen nur 11 % der Bevölkerung aus. Auch die 80 bis 40jährigen Maurer bestehen sich nur auf 208, das sind 20½ p.-%, während die jüngste Generation 626 oder 63½ p.-% ausmacht. Aus dieser Statistik geht unzweifelhaft hervor, daß die Mehrzahl der Maurer mit dem 15. Lebensjahr ab gearbeitet ist, das sie aus dem Beruf ausscheiden muss. Denn daß die Maurer sich dann soviel erporten hätten, daß sie sich als Rentner zur Ruhe setzen könnten, wird wohl Niemand zu behaupten wagen. Dies verlangt Verkürzung der Arbeitszeit wäre also hinreichend motivirt.

Unfallstreuafall ist es auch, daß eine Lohnherhöhung, über 50 % hinaus pro Stunde, am Platze ist; schon infolge der Preissteigerung und Erhöhung der Lebensmittelpreise, aber insbesondere, um die Bauarbeiterkraft überhaupt auf einen höheren Kulturstand zu bringen.

Trotz alledem haben unsere Stettiner Kollegen auf die Durchführung ihrer wohlbegründeten Forderungen verzichtet, nachdem die Unternehmer in verschiedenen Verhandlungsstufen erklärt hatten, daß eine friedliche Vereinbarung an den Horizonten schaltern würde. Nur so viel gelandet die Vertreter des Unternehmers zu, daß im Zuge d. J. nochmals über eine event. Lohnherhöhung verhandelt werden sollte.

Die Bauhäftigkeit im Jahre 1899 war mittelgut; im Herbst war ein kleiner Aufschwung zu verzeichnen, so daß bis Weihnachten Arbeitslose wenig, oder garnicht zu verzeichnen waren, sowohl nicht die Witterung, das Arbeitsklima unmöglich mache. Mit der Durchführung der Vertragsbestimmungen seitens des Unternehmers hat es auf verschiedenes Bauten geklappt. Es bedurfte, in vielen Fällen eines ganz energischen Aufzuges, um eine den beiderseitigen Aufprächen gerecht werdennde Baubude zu erhalten. Des Desteren mußte die Kommission der Unternehmer angewiesen werden und für die Einhaltung der Vertragsbestimmungen sorgen. Der vereinbarte Lohn wurde freilich überzahlt; einzelne Unternehmer zahlten auch 60 % pro Stunde; aber die Einrichtung von Aborten, die den einfachsten sanitären und städtischen Aufprächen genügen, scheint der Mehrzahl der Herren "Baumeister" &c. ungemein schwer zu fallen. Schließlich ist jedes mancher Unternehmer nicht mehr mit der Erfolglosigkeit der Verschulden der Vorrichtungen bis auf das Tiefstehen über dem i geförbert hätten; somit sind sie noch lange nicht gegangen, sie verlangen nur, daß die gesetzlichen Menschenrechte befriedigt würden. Es ist auch wiederholt festgestellt worden, daß von den betreffenden Unternehmern nicht etwa aus Unkenntnis oder Unvermögen gegen die Vorschriften verstößen wurde, sondern mit Vorwissen und aus Sparsamkeitsrücksicht.

Es fehlt eben an einer sachgemäßen und rücksichtslos ausgestalteten Baukontrolle, denn sonst müssen auch die besten Unfallverhütungsvorschriften und Polizeiverordnungen nichts. Ein Materialexemplar wird auch viel gefordert. Gut ist das Material an Staats- und Kommunalsiedlungen, etwas besser gegen Fehler geworden ist es auch bei den Unternehmen von Spekulationsbauern. Es schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht haben und durch Schaden klagt geworden sind; am schlechtesten steht es mit dem Material auf den Bauten aus, die direkt für sogenannte Bauherren ausgeführt werden.

Der Zeit ist wenig Arbeitsgelegenheit, mit Ausnahme von Bauterarbeit. Die Baufabrikanten sind überwiegend am unzufriedensten mit dem Vertrag; sie wollten ihre Abschlagszahlungen auf 70 & pro Stunde erhöhen, könnten dies aber nicht durchsetzen. Auch betreffs des Altkordvertrages selbst sind Grundlagen nicht festgestellt worden. Auf mehreren Bauten hatten die Baufabrikanten auf ihr Antragen schon im Herbst 70 & Abschlagslohn erhalten, jedoch ist dies Baugebäude fast allgemein wieder zurückgezogen worden. In der ersten Verhandlungssitzung in diesem Winter wollten die Unternehmer das Vorzeichen der Bauter sogar als Vertragsabschluß stempeln, es ist den Unternehmern verboten, über kein Vertrag festgesetzt worden, daß durch den Vertrag nur die Mindestgrenze festgesetzt werden soll und es daher jedem Arbeiter unbekannt bleibt, mehr zu verlangen. Nur Verpflichtungen dürfen nicht angewandt werden.

Um Übeln scheint es in Unternehmertreinen arg verschämt zu haben, daß unsere Kollegen dahinterher sind, die Vertragsbestimmungen auch bezüglich der Baufabrik und Bauter streng zur Durchführung zu bringen. Man kommt in den Sitzungen heraus, daß gerade deswegen bei einigen Unternehmen Genugthuung vorhanden war, den Vertrag nicht zu erneuern.

Abschließen soll den Forderungen der Gesellen: Arbeitszeitverkürzung und Lohnherabsetzung. Es ist auch sonst Blödsinn vorhanden, der die Vertragsabschließung über das Jahr hinausfristig erscheinen läßt. Die Maurer-Setzung werden hoffentlich gestellt sein, um allen Eventualitäten begegnen zu können.

\* \* \*

Die Leistungen unserer Stettiner Kollegen für die Organisation im vorjährigen Jahre kommen in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Aus Verbands-Wochenbeiträgen wurde eingenommen: K. 10435,58, aus Streitfondsbeiträgen K. 12 684,87; in Summa K. 28 099,85. An der Einnahme aus den Verbandsbeiträgen waren beteiligt: Zahlstelle Stettin mit K. 8808,88, Zahlstelle Bredow mit K. 1105,95 und Zahlstelle Pommerensdorf mit K. 293,75. Die Beiträge zum Streitfonds werden gemeinsam für alle drei Zahlstellen erobert und verwaltet, zwischen Mauern und Bautern findet regelmäßiger eine Trennung statt. An der Einnahme zum Streitfonds vorliegenden die Maurer mit K. 10 207,68, die im Aufsatz beschäftigten Kollegen mit K. 2458,69. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres in den Zahlstellen Stettin 872, Bredow 127 und Pommerensdorf 98. Beschäftigt waren am Jahresende in dem Bezirk der drei Zahlstellen zirka 1100 und bei der gleichnamigen Baufunktion im Spätsommer und Herbst zirka 1800 Kollegen. Soweit diese den vorbenannten Zahlstellen nicht angehören, waren sie fast ohne Ausnahme in ihren Heimatorten (Wittmann, Stargard, Gollnow, Garz, Brieske, Greifswald, Japnig und Ueckermünde, Böhm, Stegenort etc.) organisiert und zahlten dort ihre Wochenbeiträge. Unorganisierte Maurer blieben in den letzten Jahren in Stettin und Umgegend wenig oder garnicht beschäftigt worden sein.

### Aus unserer Bewegung.

#### Zur Beachtung für die „Grundstein“-Verbreiter.

Hast jede Woche laufen bei uns eine Menge Kreisverhandlungen ein, die von den Verbreitern des „Grundstein“ in den größeren Orten, wie Berlin, Cassel, Dresden etc. zur Post gegeben und deren Empfänger verzogen oder nicht aufzufinden sind. Da die Absender es größtentheils verabsäumen, ihre Adresse auf der Rückseite der Sendung anzugeben, so liefert die Post dieselben an uns zurück. Um nun diesen Übelstand aus der Welt zu schaffen, werden die Absender dieser Kreisänder dringend erachtet, der jedesmaligen Sendung ihre Adresse beizufügen, damit sie dieselbe bei etwaiger Unbefähigkeit direkt zurück erhalten. Mit dieser Einrichtung dürften sie sich Porto und Unannehmlichkeiten ersparen.

Bestellungen auf die Nr. 9 des „L'Operario Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 30. April, eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

Die Zahlstelle Bergedorf hielt am 8. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Beitrag zum Streitfonds ist für das Jahr 1900 auf 15 Pf. festgesetzt worden, zahlbar in 40 Wochenbeiträgen zu 25 & Kollege B. o. o. g. bekannt, daß der Gesellschaftsabschluß zwecks Regelung unseres Lohnarbitrars mit der Fassung in Unterhandlungen geraten ist, und haben dieselben ein gutes Resultat gezeigt. Einstimmung beschlossen wurde, den 1. Mai, wie im Vorjahr, durch vollständige Arbeitssuche zu feiern, und wurden zur besseren Überwachung Kontrolleure gewählt. Es werden Morgens öffentliche Versammlungen abgehalten, Nachmittags wird ein Spaziergang nach dem Schloss stattfinden und Abends Kommers abgehalten werden. Unter diesjähriges Sommervergnügungen findet am 28. August auf der Schleuse statt. Es wird vom Vereinslokal aus geladen zum himmlischen Fest. Die Abreise nach Kongress nach Reichenau wurde abgelehnt.

Die Zahlstelle Berlin (Bauter) hielt ihre regelmäßige Mitgliederversammlung am 8. April ab. Kollege Schulz sprach über das Obigatorium des Streitfonds. Nachdem verschieden bedient für und gegen die Einführung gesprochen hatten, wurde folgendes gegen eine Stimme beschlossen: Der Streitfonds wird obligatorisch eingeführt. Wer bis zu drei Tagen in der Woche arbeitet, hat 25 &, wer über drei Tage arbeitet, 50 &

pro Woche zu zahlen.“ — Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab eine Einnahme von K. 1418,18 und eine Ausgabe von K. 576,95. Bestand K. 841,18. Die Zahl der Mitglieder betrug 1002, infolge 18 Ehrenmitgliedern. Die Unterstützungscommission rechnete im vorjährigen Jahre mit K. 804,15 Einnahme und K. 693,19 Ausgabe ab. Bestand K. 110,96. Nachdem der Bibliothek seinen Bericht über den Stand der Bibliothek gegeben hatte, und einige Anträge in Betreff Abschlusses von Kollegen zur nächsten Versammlung verlegt worden, erfolgte Schluß der gut besetzten Verhandlung.

Eine öffentliche Versammlung der Bauter Berlins fand der Vororte tagt am 18. April bei Keller in der Stoppelstraße. Unter das Thema: „Ist es möglich, den Frieden im Bau gewahrt dauernd zu erhalten?“ sprach Franz Schulz. Mederer erwies auf das Vorgetragene der Unternehmer, die fortwährenden Kampf mit den Arbeitern rüste, und daß es demnächst die vornehmste Pflicht der Arbeiter ist, die Organisation zu fördern und für einen beruflichen Streikfonds Sorge zu tragen, da nur durch diese beiden Maßnahmen die Unternehmer verhindert werden und damit ein längerer Friede auch für das Bauter-gewerbe zu erwarten ist. Die gegenwärtige Konjunktur wurde von dem Redner als sehr gute bezeichnet. Die Ende März vorgenommene Baufaktionsprobe habe ergeben, daß auf 181 Bauten 1458 Bauter beschäftigt waren. Trotz dieser guten Konjunktur wurden aber noch auf 22 Bauten ganz und auf 8 Bauten teilweise, die Träger (Hilfsarbeiter) entgegen den geschaffenen Verpflichtungen von den Bürgern bezahlt und müßte mit aller Energie dahin gewirkt werden, daß dieser Mittelpunkt allgemein befriedigt werde. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen: „Aus Gründen der Nachwandsigkeit den Beitrag zum Streitfonds vom 28. April auf 50 & wöchentlich zu erhöhen, denn nur eine starke Streikfonds und eine alle im Gewerbe beschäftigten Kollegen umfassende Organisation kann den Frieden im Baugewerbe fördern. Pleininger Bauter, die nur drei Tage in der Woche arbeiten, haben einen Beitrag von 25 & abzuführen.“ Nach der Abrechnung vom Streitfonds, die K. 619 in erschöpft, kündigten die Einnahmen in der Zeit vom 24. November bis 31. März, insl. des alten Bestands von K. 12 896,08, insgesamt K. 17 800,94. Die Ausgaben betrugen in dieser Zeit, darunter K. 900 an den Zentralstreitfonds, insgesamt K. 11 634,71, daß ein Bestand von K. 6428,23 verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Neavortern als richtig bestätigt. Einstimmig wurde sodann ohne Diskussion beschlossen, den 1. Mai, wie alljährlich, durch völlige Arbeitssuche zu feiern.

Am 18. d. M. fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin III (Altbauter) bei Feuerstein statt. Auf der Tagesordnung stand: „Stellungnahme zu der durch die vereinigten Gips- und Zement-Baugeschäfte geschaffenen Arbeitsordnung“. Nachdem vom Vorsitzenden die Paragraphen vorgelesen worden waren, entpans sich eine lebhafte Debatte. Die ganze Arbeitsordnung bedeutet eine Verfehlung der bisherigen Verhältnisse. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Jeder Altbauter weigert sich, die neue Arbeitsordnung zu unterschreiben. Wenn die vereinigten Gips- und Zement-Bauunternehmen eine Arbeitsordnung wünschen, so mögen sie sich an die Organisation, b. h. an die Zahlstelle Berlin III, wenden, und mit einer hierzu zu wählenden Kommission dann gemeinschaftlich eine Arbeitsordnung feststellen.“ Die Abrechnung des ersten Quartals 1900 ergab eine Einnahme mit allen Bestand von K. 199,75. An die Hauptrasse wurden abgefangt K. 114,40, bleibt ein Bestand von K. 45,65. Die Mitgliederazahl betrug 186. In „Gewerkschaftliches“ teilte der Vorsteher mit, daß noch ein erheblicher Teil Bauter der Arbeitsbeschafftheit fehlt, auch habe die hierzu gewählte Kommission ihre Pflicht nicht so erfüllt, wie sie es hätte tun müssen. Da die Statistik am 22. abgeschlossen sei müsse, möge sie das Verhältnis nachholen. Das Vergnügungscomittheit teilte mit, daß das Sitzungsfest am 19. Mai im Generalschiffshaus, Engelstraße 16, stattfindet. Winkels und Sonntags in der Freiheit sprach durch das Comité oder auch bei Löderwitz, Kommandantstr. 65, zu arbeiten. Ferner wurde Klage gefügt, daß die Kollegen sich zu selten an den Arbeitsnachweis lehren, auch sei es in letzter Zeit der Versammlungsbuch ein sehr geringer, so sei es auch heute wieder. Die Kollegen möchten doch aufzutreten und nicht so interessiert sein. Hierauf schloß der Vorsteher die Versammlung.

Die Zahlstelle Berlinchen hielt am Sonntag, den 8. April, eine Mitgliederversammlung ab, zu welcher sämmtliche Unternehmer, Verleihanten und Umgegend eingeladen waren. Tagesordnung: Feststellung des Lohnarbitrars für das Jahr 1900. Kollege Ernst Schnell-Siel ist einer bezeichnenden Vortrag, welcher großen Beifall fand, so daß auch zwei Unternehmer, welche anwanden waren, in die Lohnforderung einwilligten. Auch ließen sich zehn Kollegen in den Verband aufnehmen. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen wurde mit einem Hoch auf den Verband die gut befreite Versammlung geschlossen.

Die Zahlstelle Berenburg hielt am 8. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Am 1. Punkt verlas Kollege Schulz den Beschluss der Meisterversammlung, welcher lautet: „In der gestern abgehaltenen Sitzung der Baugewerbe-union wurde der Wunsch der Zimmergesellen um Erhöhung des Lohnes auf 42 & pro Stunde und der der Maurer auf 40 & pro Stunde beschlossen. Seitens der Maurer und Zimmermeister wurde belont, daß in diesem Jahre sehr wenig zu thun sei und auch keinerlei Auslastung vorhanden sind. Die meisten sagten darüber, daß sie nur noch auf kurz für Zeit beschäftigt hätten, neue Arbeiten wären nur zu den üblichen Preisen zu bekommen. Es sei deshalb unmöglich, den Maurer und Zimmermeister mehr als 38 & pro Stunde zu bewilligen, und soll dieser Satz bis Ende dieses Jahres festgehalten werden und sollet dann neue Verhandlungen stattfinden. Der Gesellschaftsabschluß wird demnächst Einladung zum Oberquartier erhalten und ist der Unterzeichnere auch schon vorher zu Mitteilungen bereit.“

Hochachtend O. Merkle. Die Kollegen haben das Angebot angenommen. Im 3. Punkt wurde über die Agitationskommission Magdeburg diskutiert, weil sie die Zahlstelle Berenburg und Umgegend sehr vernachlässigt hat. Die Mitglieder sprachen sich dahin aus, daß es besser sei, wenn die Agitationsschule Calbe vom Vorstand in Homburg übertragen wird, sich diejenigen sofort anzuschließen, um eine fröhliche Agitation in's Leben zu rufen, welche am Orte sehr noch thut. Zum Schlusse forderte Kollege Schulz alle Mitglieder auf, davon zu leben, inwiefern die Meister ihren Besitz hielten und bei Zuwendungsbildung gegen denselben dem Gesellschaftsabschluß sofort Mittheilung zu machen. Hierauf folgte nach einer Aufforderung an die Kollegen, welche noch nicht dem Verband angehören, denselben beizutreten, Schluß der Versammlung.

Aus Blankenburg a. Harz schreibt man uns: Nachdem die Maurerorganisationen und die gemeinsame Lohnkommission in ihren Versammlungen die Lohnfrage behandelt hatten, beschloß am 18. März eine öffentliche Maurerversammlung, die Unternehmer um Überarbeitung einer gemeinsamen Sitzung zwecks Festsetzung der Arbeitsbedingungen für das laufende Jahr zu erzählen. Diese fand dann auch am 27. März statt. Hier wurde vereinbart, daß die beiderseitigen Vertreter für Annahme folgender Punkte in ihren Versammlungen eintreten sollten: 1. Die Lohnabstufung bleibt eine 14-tägige, jedoch kann jeder Geselle Abstufung bis zur Höhe des verdienten Lohnes verlangen. 2. Von 1. Mai d. J. an erhält jeder Geselle 1 & pro Stunde mehr. Außerdem beschlossen die Unternehmer, die Förderung der Gesellen, an den Sonnabenden eine Stunde früher Feierabend ohne Vesper und Lohnabzug, in wohlwollende Erwagung zu ziehen. Nach einigen Tagen erhielten wir wie Schreiben, wonach der Lohnabzug und die Sonnabendsstunde abgelehnt wurden. Punkt 1, der Lohnabzug, dagegen auch weiterhin geholt soll. Am 18. April beschloßt sich eine öffentliche Maurerversammlung mit dieser Antwort. Nach den Ausschreibungen Buchhorn's und Blumig's wurde folgende von Bauter, vorschlagende Resolution angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von der ablehnenden Antwort der Unternehmer. Sie stellt sich in ihrer Erwartung arg falsch und in dieser Absehung den Beweis, daß es den Unternehmern mit ihren Preisen von Frieden und Harmonie niemals ernst war. Die Kommission hat die Verhandlungen ohne Weiteres abzubrechen und behält sich die Maurerhaft vor, bei geeigneter Zeit mit ihren Forderungen wieder hervorzutreten.“ Hiermit hat die Lohnbewegung ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Die Unternehmer haben gethan, was zu thun ihr gutes Recht war; sie haben die gegenwärtige schlechte Konjunktur dazu benutzt, eine Steigerung der Löhne zu verhindern. Doch es wird ja nicht immer so bleiben. So sicher, wie der Sommer die Schwäne bringt, so sicher bringt eine bessere Geschäftslage unsere erneuten Forderungen. Die von uns gewünschte Annahme einer Tarifgemeinschaft ist vorläufig geschafft. Von selbst wächst diese Pfanne nicht, sie muß einen gut vorbereiteten Boden haben und der muß durch seile, nachdrückliche, jahrelange Organisationsarbeit erst geschaffen werden.

In Wolzenburg tagt am 8. April in der „Markthalle“ eine Maurerversammlung, die sich mit der Lohnbewegung am Dreieck zu beschäftigen hatte. Da die Ruhmung am 7. April abgelaufen war, mußte die Frage „Was nun?“ entschieden werden. Es wurde im Laufe der Debatte hervorgehoben, daß 2 & Lohnherabsetzung eventuell fallen zu lassen, an der Verkürzung der Arbeitszeit aber unter allen Umständen festzuhalten. Beschlissen wurde aber, an der aufgestellten Forderung festzuhalten. Es wurden sodann drei Kollegen freigegeben, um noch einmal eine sofortige Absprache mit den Meistern zu nehmen. Diese ließ sich das erfreuliche Resultat, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und eine Lohnherabsetzung um 2 & pro Stunde zugestellt wurden. Nur mit dem Baumeister R. o. o. und R. R. d. b. h. mit Ablauf der Ruhmung aus Angst ihrer Austritt aus dem Verbande angemeldet hatten. Gegen Röddels, der früher klassifiziert war, und sich hierbei Unregelmäßigkeiten zu Schafen kommen ließ, soll später Stellung genommen werden.

Am 8. April fand in Broemberg die regelmäßige Monatsversammlung der Zahlstelle statt. Kollege Sydow rügte den schwachen Verluß, konnte aber auch erfreulicher Weise mitteilen, daß trotz Schnee und Eis die Zahlstelle um 60 Mitglieder während des Winters zugewonnen hat. In Sachen der Lohnbewegung wurde die Lohnkommission beauftragt, in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten. Beschlissen wurde, pro Mitglied und Jahr 40 & zu zahlen, um eine recht lebhafte Agitation betreiben zu können. Der Kästner wurde auf Antrag der Neavortern entlastet. Nach einer tiefen Anprache des Kollegen Sydow wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Generalverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

In Calbe (Saale) fand am 8. April eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Ritter über die Bedeutung der Streiks rep. Bauterwerber referierte. Er legte in seinen Ausführungen die Bedeutungen des Streikreglements klar, welche von der Versammlung volle Anerkennung fanden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung beantragt Kollege Kraemer, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, Kollegen, welche dies nicht thun, haben eine Maimarkt zu entrichten. Unter Punkt „Beschließendes“ wurde Kollege Karl Schäfer als dritter Korpsteuer gewählt. Dem franz. Kollegen Heinrich Gairic wurde eine Unterstützung von K. 15 aus der Lotterie bewilligt, auch wurde er als Ehrenmitglied anerkannt. Den Bevollmächtigten ging vor einigen Wochen die Aufforderung seitens der Polizeibehörde zu, daß die Mitgliedervereinigung einzutreten. Da dies jedoch nicht geschah, erschien ein Strafantrag über K. 10 Gelbstraf. Auf eingeholte Richtigkeit fand am 8. April die Verhandlung statt. Das Amtsgericht zu Calbe d. S. erkannte auf K. 3 Gelbstraf rep. einen Tag haft. Das Urteil des Amtsgerichts rief in der Versammlung große Missbilligung hervor, es wurde deshalb dem Bevollmächtigten gezeigt, die Verhüfung beim Amtsgericht anhängig zu machen. Zum Schlusse wurde noch gerügt, daß die Kollegen, nun sie ihre Forderungen bewilligt sehen, gar kein Interesse mehr zeigen, die Versammlungen zu besuchen. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, die Versammlungen pünktlich zu besuchen und nicht, wie es hier in Calbe immer mehr um sich greift, kurz vor Schluss der Versammlung zu erscheinen.

In Cunnersdorf fand am Sonntag, den 8. April, eine Verbandsversammlung in der Wohnung des Hülfsschäfers statt. Der Hülfsschäfer B. K. d. v. empfahl den Kollegen, die Interessen des Verbandes besser zu pflegen. Die Versammlung war besucht von gerade 20 Mitgliedern, mindestens aber hätten doch gegen 50 Mitglieder aus unserer Umgegend zur Versammlung erscheinen können. Hieraus ist zu ersehen, wie sehr sich die Kollegen für den Verband interessieren. Diejenigen Kollegen, welche nicht zur Versammlung erschienen, sollen einen Vermerk in's Mitgliedsbuch bekommen. Aus der Hülfsschäftele ist eine Hauptzahstelle entstanden, um dem Hülfsschäftele die Gänge nach Jossen zur Hauptzahstelle zu ersparen. Es wurden gewählt als erster Bevollmächtigter Kollege Ernst Hancke und als Kästner Pauli K. d. v. p. Zu bemerken ist noch, daß die 20 Kollegen während der Versammlung von einem Gendarm gut bedrängt

wurden. Nach einstündiger Dauer flossen Kollege P. Körppen die Verhandlungen.

Die Bahnhofsstelle Dortmund hielt am 11. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst die Mitglieder Binsbach und Jesse ausgeschlossen wurden, welche sich gegen § 15 des Statuts vergangen haben. Sodann berichtete der Delegierte über die letzte Sitzung des Gewerkschaftsrates; dasselbe hat beschlossen, daß die einzelnen Gewerkschaften pro Mitglied und Quartal 5 ₣ zu zahlen haben. Diesem Beschluss wenden sich die Maurer aber nicht fügen, sondern ihre Beiträge von 5 ₣ pro Quartal beibehalten. Wir werden nun zu erwarten haben, daß wir vom Kartell ausgeschlossen werden. Man kann wohl auch ausstreiten. (D. R.) Zur Unterstiftung der Bauteilemissionen betreut des Bauarbeiterkundes werden 15 bewilligt. Sodann kam das Baudepartementssystem zur Sprache; es soll nämlich auf jedem Bau einen Kollege gewählt werden, welcher die Interessen der dort arbeitenden Kollegen zu vertreten hat, wobei es natürlich vorerst ohne Maßregelungen nicht abgesehen wird. Wir hoffen jedoch, daß es bald dahin kommen wird, daß die Deputierten den Unternehmern anerkannt werden; dieselben werden alle 14 Tage eine Sitzung haben, in der sie sich über die Vorortenfälle auf den Bauten aussprechen können. Der im vorigen Herbst gegründete Verein „christlicher“ Maurer hierzulast hielt am 1. März eine Lohnforderung eingereicht, nämlich 50 ₣ Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit, ohne sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen. Die Unternehmer haben die Forderung abgelehnt, und ist der „christliche“ Verband natürlich nicht in der Lage, seine Forderungen durchzusetzen. Die „christlichen“ Kollegen werden sich wohl klar geworden sein, daß sie ohne uns nichts machen können und uns von jetzt ab in solchen Angelegenheiten zu Hilfe ziehen.

Am 16. April tagte in Friedeberg i. M. eine gut besuchte Maurerversammlung. Erwähnt waren 50 Mann, wovon sich zehn Kollegen in den Verband aufnehmen ließen. Kollege Silbermann, der als Referent erschienen war, verstand es vorzüglich, die Maurer ihre Lage vor Augen zu führen, und man sah es ihnen an, wie ihnen die Nede zu Herzen ging. Es wurde einstimmig beschlossen, an der Forderung der zehnständigen Arbeitszeit und 30 ₣ Stundenlohn fest zu halten, und den Obermeister nochmals zu ersuchen, eine Vereinbarung auf gültigem Wege herbeizuführen. Der Geist, der die Kollegen beeindruckt, spricht ein guter zu sein. Der Referent erinnerte dann noch die Anwesenden, angestellt der ersten Lage stand und sei zu einemander zu stehen, dann werde ihnen auch der Sieg gewis sein.

Am 16. April tagte in Fürstenwalde (Spreewald) eine öffentliche Maurerversammlung. Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Lohnfrage“, konnte nicht einverstanden werden, da der Gesellenausschuß, trotz brieslicher Einladung, es vorzogen hatte, durch Abschlußfest zu glänzen. Kollege Körpinski machte darauf aufmerksam, daß die Unternehmer sich im vorigen Jahre unterschriftlich verpflichteten, für Putzarbeiten einen Stundenlohn von 45 ₣ zu zahlen. Nummehr hätten sie sie aber in einer Sitzung mit dem Gesellenausschuß, der für die organisierten Kollegen übernahm, nicht wahrgenommen, nur noch 42 ₣ zu zahlen; sie seien also kontraktionsmäßig geworden. Nachdem Kollege Niels Berlin das Gedanken der Unternehmer und das Verhalten des Gesellenausschusses einer eingehenden Kritik unterzogen, wurde beschlossen, zu geeigneter Zeit Maßnahmen zu treffen, um das Verlorene zurück zu erobern. Weiter wurde das Verhalten des Landgessells, welche in anderen Orten billiger arbeiten als die Kollegen aus der Stadt, einer scharfen Kritik unterzogen. Kollege Schulz forderte zum Abkommen für die „Märkische Vollstimmung“ auf und dann folgte der Schluß der Versammlung.

Die Bahnhofsstelle Binsbach und Hüttschaffel Bischöflichheim hielten am zweiten Osteritag eine Mitgliederversammlung ab. Den Bericht von der Kreiskonferenz zu Überamtstadt erstattete der Bevollmächtigte Werner. Er dauerte sehr, doch durch den Streit in Darmstadt, welcher leider ohne Erfolg war, einige Bahnhöfe eingegangen sind und verhinderte die Mittwochsmärkte abgenommen haben. Die Verbreitung der Streitfondsmärkte wurde den Bauarbeitermännern übertragen; jeder Kollege hat die Marken auf seiner Arbeitsstelle zu nehmen. In der Diskussion über die tägliche Arbeitszeit sprachen sich drei Kollegen dafür aus, die einstündige Arbeitszeit beizubehalten, alle anderen Kollegen waren für die zehnständige. In „Aberchenden“ boten Kollege Krauch, daß jeder Kollege neben der gewerkschaftlichen auch die politische Organisation unterstützen müsse, denn nur dadurch sei es möglich, nach allen Richtungen hin gerichtet dazustehen. Als Delegierter zur Konferenz nach Bützendorf wurde Kollege Fischer aus Bischöflichheim gewählt.

Eine mehr schwach besuchte Versammlung der Bahnhofsstelle Hamburg tagte am 14. April in der „Leistungshalle“. Es wurde zunächst einem vom Kollegen Peters gestellten Antrage um Wiederaufnahme in die Organisation vor der Versammlung zugestimmt. Zum zweiten Punkt: „Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz“ wird vom Genossen Heinkel ein entsprechender Vortrag gehalten. Der Redner verstand es, in einem 15minütigen Vortrage der Versammlung durch statistisches Bahnhofsmaterial den Beweis zu liefern, wie ungünstig der Schutz des Arbeiters ist, der demselben vom Unfallversicherungsgesetz gedroht wird. Eine klare und klare Kritik erhielt die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, die noch den Reichstag vor Beratung vorlag. Nur durch einen Massenprotest des Arbeiters Deutschlands könnten unsere berechtigten Forderungen zum Ausdruck gelangen. Dem größeren Bedürfnis entsprang ein höherer Schutz. Die Petition des Berliner Arbeiterveteranvereins fand einstimmige Zustimmung. — Die Abrechnung vom Monat März weist für die Hauptstelle eine Einnahme und Ausgabe von 4.254,75 auf; die Lokalstelle hatte eine Einnahme von 1.123,72 und eine Ausgabe von 1.098,19, so daß ein Bestand von 1.14,58 vorhanden ist. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptstelle im 1. Quartal d. J. betrug 3.048,16; für die Lokalstelle erbrug die Einnahme 1.891,70, die Ausgabe 1.857,14. Der Bericht über die letzten Verhandlungen mit der Innung ersetzte H. Körber. Redner erklärt, daß wohl noch keine Sitzung stattgefunden, wo zwischen Innungsvorstand und Gesellenausschuß die Meinungsverschiedenheit, so schwer zum Ausdruck gelangte, wie in der letzten. Mit Ausnahme der Frage, betreffend die Altfordarbeit, habe man in fast allen anderen Punkten sich nicht einigen können. Von einer Verhandlung konnte eigentlich nicht die Rede sein, sondern das, was verhandelt werden sollte, sei bereits von der Innung vorher beschlossen, und man versucht vom Innungsvorstand, einfach

zu diskutieren. Die Versammlung kannte die Arbeitsordnung nicht mehr durchherhalten, da die Zeit zu weit vorgezögert waren. Die Verhandlungen wurden bis zur nächsten Versammlung verlegt.

Ein am 7. April in Heiligenhafen stattgefundene Mitgliederversammlung beschloßne hat mit der Lohnfrage. Der Vorsitzende führte ungünstig Folgendes aus: „Kollegen! Wie Euch Allen schon genügend bekannt sein wird, hat sich der Obermeister geäußert, die Maurer und Zimmerleute müssten vielleicht in den Verhandlungen kritisieren und damit der Defensivkraft übergeben werden. Als Mitglied der Bauteilemissionen forderte Kollege Müller die Anwesenden auf, die Kommission nicht zu unterstützen. Es sei schon vorgekommen, daß ein freischaffender Geibel nur einen Stein stark hochgemauert worden sei. Ein einziger der daran beschäftigten Kollegen habe dagegen Einwendungen gemacht. Wenn nicht schließlich die Baupolizei dahinter gekommen wäre und das Weiterarbeiten inhibiert hätte, dann wäre wahrscheinlich noch ein großes Unglück passiert.“

Die Bauteilemissionen räumt nichts zur Abstellung der Wünsche ihres, daß die Kollegen der betreffenden Baustellen nicht

die nötige Anregung dazu geben und zur fortgesetzten Arbeit bereit sind.

In Koburg fand am 9. April in der Wagnerbrauerei eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher Kollege L. Gesslein aus Bautzen einen Referat über die wirtschaftliche Lage hielt. Die Versammlung war nur mäßig besucht, da gerade an dem Tage militärische Kontrolle und Aushebung abgehalten wurde. Trotzdem hätte die Versammlung besser besucht sein müssen, wenn nur die Mitglieder mehr Interesse an der Bewegung hätten. Gerade so wie soufflagent in der Lohnbewegung stehen, müßte doch endlich die Loyalität und Schaffungsfähigkeit der Mitglieder fallen. Kollege Gesslein wie in einer einstündigen Rede trefflich sagt, daß die Lebenshaltung der Maurer bei einem Stundenlohn von 17 bis 18 ₣ eine erbärmliche sei und daß sie nur durch eine kräftige und gute Organisation gebessert werden könne. Keiner Redner wurde dem Redner zu Gehör. In der Diskussion führte Kollege Baubler an, daß ein dieses Baugeschäft den gesuchten Zorn von 32 ₣ erst befriedigt, dann aber wieder auf 30 ₣ herabsetzte. Weiter führt Redner aus, daß diese Durchsichtnahme der Bewilligung dem Umstande zuschreibe sei, daß sich die Meister gegenüberstellt haben und daß es deshalb eine zwangsläufige Notwendigkeit sei, daß auch die Kollegen, wollen sie ihren berechtigten Forderungen Nachdruck verleihen, alleamt den Betrieb betreiben müssten, auf daß wir im nächsten Frühjahr, wo mehrere größere städtische und staatliche Bauten ausgeführt werden, endlich in Koburg auch die zehnständige Arbeitszeit und eine dementsprechende Lohnzehrung einführen und nötigenfalls erlämpfen. Kollege Gesslein forderte die anwesenden Industriekollegen auf, dem Verband beizutreten, worauf fünf Kollegen aufnehmen ließen. Nach einem kräftigen Schlusshörte des Referenten wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Am Bahnhofsstelle Kreuzen fand am Sonntag, 8. April, eine Mitgliederversammlung statt; wozu auch die 28 beim Verband noch nicht angehörenden Kollegen breitlich eingeladen waren; leider war nur einer der Einladung gefolgt. Kollege B. in L. Berlin sprach in einem längeren Vortrage über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer Aufforderung des Bevollmächtigten, die Mitglieder möchten sich mehr als bisher an dem Aufbau der Organisation beteiligen, folgte Schluß der Versammlung.

Auf der Bahnhofsstelle Kremmen fand am Sonntag, 8. April, eine Mitgliederversammlung statt; wozu auch die 28 beim Verband noch nicht angehörenden Kollegen breitlich eingeladen waren; leider war nur einer der Einladung gefolgt. Kollege B. in L. Berlin sprach in einem längeren Vortrage über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer Aufforderung des Bevollmächtigten, die Mitglieder möchten sich mehr als bisher an dem Aufbau der Organisation beteiligen, folgte Schluß der Versammlung.

Auf zweiter Osterstag hielt die Bahnhofsstelle Gütersloh ihre Mitgliederversammlung ab; dieselbe war gut besucht. Die vom Kassier verlesene Abrechnung vom ersten Quartal wurde für richtig befunden und dem Kassier Decharge ertheilt. Von Kollegen Mayr wurde angezeigt, die Kollegen, welche wegen Schülern oder Vergehen gegen den Verband ausgeschlossen worden seien, nicht zu unferen Bergungen am 29. April einzuladen; es wurde demgemäß beschlossen. Vom Bevollmächtigten wurde bemängelt, daß die Wächter zur Arbeitslosenstaatskasse teilweise völkerbrüderlich umbrachbar ausgefüllt seien, es hätten sich auch sogar manche Kollegen überhaupt geweigert, etwas hinzutun zu schreiben. Es sei ja bedauern, daß viele Kollegen noch sowohl zweitreden seien, daß sie ihr eigenes Interesse nicht verlaufen. Es wurde bei der Aufnahme der Statistik festgestellt, daß im Bezirk der Bahnhofsstelle, mit Ausnahme von Domitius, sich 98 Maurer befinden; davon sind 62 organisiert. Bevollmächtigter wurde dann noch, den Kollegen Kaufmann, welcher früher Kassier der Bahnhofsstelle war, zur nächsten Versammlung einzuladen, damit er sich wegen der Verleumdungen, welche er über den Bevollmächtigten, Kollegen Rätz, geäußert hat, verantworten könne. Die Zimmerer müßten ebenfalls bestreikt sein, sich einen neuen Sohn zu schaffen, denn diese Gleichgültigkeit und Stumpfmüdigkeit könnte den organisierten Maurern nur zum Schaden sein. Am Samstag wurde zur Lohnfrage der Schluß gefasst, daß der Gesellenausschuß die Unternehmer zu einer mundlichen Unterhandlung zu bewegen versucht. Soll. Weiter wurde zum Sonntag, 29. April, Nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Maurerversammlung anberaumt zwecks endgültiger Beschlusshaltung über die Lohnfrage.

Die Bahnhofsstelle Aegi hielt am 11. April eine Mitgliederversammlung ab. Die Agitationskommission legte ihre Abrechnung vor: Einnahme M. 120,90, Ausgabe M. 9,60. Gleichfalls erfolgte die Rechnungslegung des Bahnhofsfabrikärs für das erste Quartal. Für die Hauptstelle wurden vereinbart M. 425,15, für den Centralstreitfonds M. 372,10. Die Lokalstelle hatte eine Einnahme von M. 674,68 und eine Ausgabe von M. 211,35, somit verblieb ein Räsenbestand von M. 463,33. Dann wurde der Bericht des Kartellbegleiters entgegengenommen. Ganz Abrechnung hat das Kartell für die ausgeschwärten dänischen Arbeiter M. 2756,22 gesammelt. Die Annahme von Sammelsätzen für die Tuttlinger Schuhmacher wurde von den Maurerverbundung abgelehnt, M. 20 wurden für den Zweck aus der Lokalstelle bewilligt. Beziiglich der Meister wurde beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Wer aber demnoch, wie es im letzten Jahr leider vielfach vorgekommen ist, unter dem Vorzeichen, dringliche Arbeiten ausführen zu müssen, nicht feiert, der ist verpflichtet, für M. 8 Mainmätern zu entnehmen. Der Ertrag der Mainmätern kommt zur Hälfte der Partikelfasse zu

Gute. Um eine Übersicht über die Verbesserung an der Mauer zu haben, wurden 12 Kollegen zur Kontrolle gewählt. Kollege Sommerfeld konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß das bis dahin noch bestehende Gewerbe in seiner letzten Versammlung beschlossen habe, sich mit sämtlichen Mitgliedern dem Zentralverband anzuschließen. Dann wurde darauf hingewiesen, daß es mit dem Bauarbeiterkundschu noch recht schlecht bestellt sei, die auf den Bauten vorgefundene Mißstände müssten vielmehr in den Verhandlungen kritisieren und damit der Defensivkraft übergeben werden. Als Mitglied der Bauteilemissionen forderte Kollege Müller Platz für die Anwesenden auf, die Kommission nicht zu unterstützen. Es sei schon vorgekommen, daß ein frei-schaffender Geibel nur einen Stein stark hochgemauert worden sei. Ein einziger der daran beschäftigten Kollegen habe dagegen Einwendungen gemacht. Wenn nicht schließlich die Baupolizei dahinter gekommen wäre und das Weiterarbeiten inhibiert hätte, dann wäre wahrscheinlich noch ein großes Unglück passiert.

In Lichtenstein-Callaux fand am Sonntag, 8. April, eine öffentliche Maurerversammlung statt. Dieselbe war durch schlechten Wetters gut besucht. Kollege Böspich als provisorischer Vorsitzender eröffnete die Versammlung und erklärte über „Die Lage im Baugewerbe“. 18 Kollegen ließen sich hierauf in den Verband aufnehmen. Da bis jetzt noch Kollegen der Bahnhofsstelle Mühlenergrund angeschlossen, so beschloß die Versammlung, eine eigene Bahnhofsstelle zu gründen, und wählte hierauf Kollegen Ferdinand Möller als Vertrauensmann. Derselbe ermahnte die Kollegen, ihm treu zur Seite zu stehen, damit etwas Einheitliches geschaffen werde. Jeder möchte ein ehrlicher Agitator sein, um bez. gerechten Sachen mehr Mitglieder zu gewinnen.

Am Sonntag, den 8. April, fand in Lichtenstein-Callaux eine öffentliche Maurerversammlung statt. Dieselbe war durch schlechten Wetters gut besucht. Kollege Böspich als provisorischer Vorsitzender eröffnete die Versammlung und erklärte über „Die Lage im Baugewerbe“. 18 Kollegen ließen sich hierauf in den Verband aufnehmen. Da bis jetzt noch

ausgeprochen, wurde die Gründung einer Zahnstelle beschlossen. Als erster Vorstandswahlvotrab wurde Genosse Gustav Feine als rechter Kassier Genosse Wilhelm Lüth gewählt. Nachdem der Punkt der Wahl erledigt war, wurde zum zweiten Punkt „Ebenbüttel“ übergegangen. Genosse Lüth er sprach in seinem Schlusswort der Wunsch aus, es möchte jeder Genosse bestreben sein, immer mehr neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen, damit die heutige gegründete Zahnstelle nie immer mehr emporschwinge. Sobald wurde noch beschlossen, dass die Mitgliederversammlungen alle 15 Tage stattfinden sollen. Da sich Niemand mehr zum Vortrage meldete, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeit und den deutschen Mauerwerksverband geschlossen. Zu die Mitgliederlisten liehen sich sofort 27 Kollegen einzeichnen.

Die Wittenbergs beschäftigte sich am 7. April eine öffentliche Maurerberufserklärung mit den Zuständen auf verschiedenen Bauten. In einem Bau des Unternehmers Sabirovsky hatte ein Kolleg es unternommen, die Verbandsbücher zu reditieren; daraufhin sollte er sofort entlassen werden, wurde aber, als er Abfindung verlangte, noch 14 Tage beschäftigt. Nun legt Sabirovsky den Gesellen eine „Arbeitsordnung“ vor, wonach Jeder sofort entlassen werden kann. Die Mehrzahl der Kollegen, auch der Parker, unterstellt aber nicht; sie wurden nach 14 Tagen entlassen; der Parker musste sofort nach einer anderen Baustelle. Einige Auszulöser blieben aber dort oder fingen wieder an an Stelle des verabschiedeten Parklers trat ein Herr E. Stein, ein geborener Hamburger. Daß in Wittenbergen auch schwarze Lisenen im Umlauf seien, zeigt, doch drei bei Sabirovsky entlassene Gesellen, die beim Unternehmer Hölsch (1889 ein aus Halle eingewandelter Stellender) Arbeit erhalten hatten, alß bald wieder gefündigt wurden. Von der Verhängung von Sperrern nahm die Versammlung Abstand, da es zur Zeit unmöglich sei, die Verbandskollegen von den betreffenden Bauten fern zu halten.

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Neuhardenberg am zweiten Oktoberitag genehmigte zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal und erteilte dem Käffirer Decharje. Sodann verlas Kollege Bussche den Literarit im "Grundstein" und hielt sie daran einige zustimmende Bemerkungen; die Versammlung sprach sich ebenfalls anerkennend über den Artikel aus. Ueber die Arbeitslohnshausmittel entspann sich eine lebhafte Debatte. Mehreren Kollegen gingen die gestellten Fragen zu weit und sie verwirgern die Beantwortung derselben, obgleich die Verwaltung und die Kontrollstelle die Möglichkeit gehabt haben, sie dazu zu bewegen. Beschluss wurde noch, den "Grundstein"-Verbreitern 50 pro Quaral für ihre Mithilfeabnahme zu bestätigen.

Die Bohlstraße Neu-Blüppin hielt am Sonntag, den 8. April, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche stark besucht war. Nach der Einführung der Beiträge machte der Vorsitzende den Vorschlag, daß jedes Mitglied das Jahr M. 4 um Streikfonds den Zahlen sollte; dies wurde auch von der Versammlung einstimmig angenommen. Kollege Süder stellte den Antrag, in diesem Jahre eine Lohnforderung an die Unternehmer zu stellen. Dies führte aus, daß wir diese Zeit nicht vorüber gehen lassen dürfen, denn solch Pausiperiode, wie in jedem Jahre, belämen wir nie wieder. Hierauf wurde der Beschuß von der Versammlung gefasst, den Stundenlohn auf 40 Pf. zu erhöhen und eine Lohnkommission von fünf Mitgliedern einzusetzen, welche mit den Unternehmern zu verhandeln habe. Verschiedene Kollegen, die im Alsfeld wohnen, wurde von der Versammlung sehr gerügt. Es wurde einstimmig beschlossen, nicht mehr im Alsfeld zu wohnen. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, uns nicht in den Rücken zu fallen. Im vorigen Jahre waren auch Berliner Burger hier in Neu-Blüppin und haben im Alsfeld gepuscht, welches wir doch in diesem Jahr nicht wünschen.

Am 7. April fand in Neu-Welkenfels eine schwäbisch-  
fränkische Verbandsversammlung statt, in welcher der Verbandsnachrichtleiter  
die Paragraphen des seitens der Unternehmer neu eingefügenden  
Arbeitsbeschaffungsweises erläuterte. Die Verbandssteigung für Berlin  
ist sich darüber einig geworden, einen Nachweis anzunehmen,  
aber nicht in der Form, wie er seitens der Unternehmer gedacht wird.  
In der darüber geführten Diskussion erklärten sich alle  
Mitglieder gegen Annahme dieses Arbeitsbeschaffungsweises für Maurer  
und Bagger. Nachstehend wurde beschlossen, den 1. Mai, wie  
üblich, würdig zu feiern. Dann wurden die Sammelarbeiten ab-  
geschlossen. Den Kollegen Hindenburg wurden, M. 15 aus dem  
Vorstande bewilligt. Das mangelhafte Absieben der neuen  
Schulabschließer mußte gestadelt werden; die Schule ist den  
Kontrolleuren zuzuschreiben. Dann wurde noch beschlossen, die  
Verbandsbeiträge jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Abends  
im Vereinsloafe zu erheben.

In Obermörnau fand am Sonntag, den 8. April, eine interessante, von der „Christlichen Gewerkschaft“ einberufene Versammlung statt, in welcher die Maurer zum Uebertritt in die „Christliche Gewerkschaft“ bewogen wollte. Der Ortspfarrer holt die Versammlung von der Kanzel herab und verklündet, indem er alle Christlichen denenden Männer aufforderte, zu erscheinen. Es erschien denn auch zur festgelegten Stunde über 1000, was noch keine zum Laufen hatte: Bauern, Schöffenleute, Handwerker, Unternehmer und eine große Anzahl unterer Kollegen. Der Herr Pfarrer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und erinnerte (1) dann einen hiesigen Pariser zum Präsidenten. Derselbe erhebte dann einem Herrn Odenweller das Wort, welcher sich seiner Aufgabe dadurch zu entledigen suchte, indem er die bestehenden Gewerkschaften als voll und ganz unter dem „Territorium der Sozialdemokratie“ stehend gezeichnete. Silberschmid-Berlin habe dort in einer Mauerversammlung über Assentheorie gesprochen. In Charlottenburg hätten die Maurer einen Besuch gefasst, der Berlinge, welcher sich fröhlich gemacht habe, seinen Feind befürwortet. Hierüber „christliche“ Biedme bezeichnete die Maurer des Deutschen Verbandes als die rohesten und unchristlichsten Menschen.

gekommen als die rohesten und unchristlichsten Menschen. Dann sprach ein Herr Hell von Frankfurt und ein Herr Schuh, welche dasselbe Stroh weiter droßten, daß es mitunter etliche Jahre dauert, das Geschwefel anzuhören. Einige unserer Kollegen nachdenken wiederholt. Zwischenrufe, wußtewegen der heilige Bürgermeister seine Bürger und Bauern aufzorderte, die Mauern einzusauzen, jedoch haben die „christlichen“ Herren allmählig ihre Ohnmacht ein und schwiegen. In der Diskussion erging folgende Regel das Wort und hielt die Versammlungsgesellschaft eines Anderen zu belehren, worauf voller Wuth der Vorstehende Redner, der Wohl entzog; es entstand aber ein so großer tumult, daß er schließlich sich geschwungen sah, unsernen Kollegen weiter sprechen zu lassen. Dagehalb erhoben, rannnten die Herren der ganze Generalstab der Christlichen Gemeinschaft von Frankfurt her aus und sie waren auf die Wühle umher.

Die Versammlung ging dann auseinander, unsere Kollegen blieben Sieger.

In einer öffentlichen Männerversammlung, die am 21. d. M. in Pirna lagte, sprach Kollege Oberig über: "Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Oste". Er wies darauf hin, dass der Lohn seit zwei Jahren um 4 & pro Stunde gefallen ist. Der schlechteste Lohn werde vom Baumwollhersteller gezahlt; bei denselben werden die Gesellen mit 80 & pro Stunde entlohn. Bei den anderen Unternehmen werden die Kollegen in jeder nur denkbaren Weise entlohnt. Dies alles sei aber nur der Organisationslosigkeit zugeschrieben. Würden die Kollegen nicht so träge sein, sondern besser für den Verband agitieren, dann würden sich auch bald besserestände schaffen lassen. Sodann wurde bekannt gegeben, dass sich zur Befreiung der Münzfälsche auf Boulen eine Kommission gebildet hat, an welcher alle diesbezüglicher Weisheiten vorliegen. Weitlossen wurde dann noch, am 18. Mai an den Bergungen in Groß-Schweidnitz teilzunehmen. Das Nächste wird noch bekannt gegeben werden.

Eine öffentliche Mäntervereinigung fand am 11. d. M. in Potsdam, bei Gläser, statt, um den Bericht der Lohnkommission einzusehen zu nehmen und ihre Stellungnahme dazu zu befürworten. Die Versammlung war sehr stark besucht, es batte den Eindruck, als wären die Kollegen vollständig angestreten, und die sachlich und ruhig geführte Verhandlung bewies, daß eine solche aber friedfertige Meinung in Betreff der von Ihnen gestellten Lohnabstufungen vorhoben sei. Nach dem Bericht der ausgedehnten Kaufkontrolle auf den hierliegenden Aquaten hielten Solche, die dem Zentralverbande der Mänter angehören, theils Mänter, die Mitglieder anderer Vereinigungen sind, und das Einvernehmen ist ein durchweg gutes. Es wurde festgestellt, daß die Löhne für Mänter hier durchschnittlich auf 48,- $\text{G}$  pro Stunde gestellt, in zwei Fällen nur auf 45,- $\text{G}$  auf sieben Fällen 50,- $\text{G}$  und auf se einem Fall 55,- $\text{G}$  und 62,- $\text{G}$  betragen. Die Bezahlung der Arbeitszeit schwankt zwischen 88--98,- $\text{G}$  pro Stunde, in einem Falle erhalten dieselben 40,- $\text{G}$  pro Stunde. Es ereigte jüngst

zweck erinnern, die sie 20 % des Stun. Es ergiebt zunächst  
eigenen Willen, daß der Verbund der Arbeitgeber auf sein  
vom 22. v. M. datirten Schreiben, wonit der Lohnkommission  
verabredet wird, nach Abhaltung der Generalversammlung ihre  
Beschlüsse derselben mitzuheilen, bließ noch keine weitere  
Nachricht gegeben hat, trotzdem nach Auffaß der Versammlungen  
diese Generalversammlung bereits stattgefunden habe und Ver-  
einbörte gesetzt worden sein sollen. Es müßte freilich konstatiert  
werden, daß die Arbeitgeber durchweg vom 1. April ab pro  
Stunde 3 % zugelegt haben und man war der Meinung, daß  
dies vielleicht die Antwort sei. Hiermit glaubt sich aber die  
Lohnkommission nicht einverstanden erklären zu können und forderte  
von der Versammlung genaue Weisung. Da bereits  
gemachte Buleage von 3 % wurde allgemein nur als Geschäft  
angesehen, nicht aber als Vertheidigung ihrer Forderungen, und  
die Versammlung setzte daher mit allen gegen zwei Stimmen  
eine Resolution abdingend, die Lohnkommission solle an die  
Arbeitgeber nochmals das obige Schreiben richten, mit ihr in  
Verhandlung zu treten, um eine bindende Erklärung der Arbeit-  
geber herbeizuführen, nach welcher Grundlage die Feststellung  
des Lohnes erfolgen soll. Hiermit wurde dieser Punkt der  
Tagesordnung verlassen und über die Maßnahmen, wobei  
den Anwesenden aufgegeben wurde, überall da, wo es an-  
ginge, am Dienstag, den 1. Mai, zu feiern, jedoch geschlossen,  
und die Beauftragten vorher davon zu benachrichtigen.

Am 5. April tagte im "Deutschen Haus" in Postschappel (Dresden) eine östliche Mauererverfassung, in welcher Kollege Horster über Arbeiters und Unternehmerorganisationen referierte. An der Hand reichhaltigen und zuversichtlichen Materials schilderte Redner die verschiedenen Phasen der Arbeiterorganisation und, im Gegensatz dazu befindet sich die Befreiungen der Baumgewerksungen und des in der neuern Zeit gegründeten Unternehmerverbundes für das Baumgewerbe. Zum Schlusse forderte Redner die bauwirksame Weise mit schwach destruktive Verfassung auf, nicht zu erlaubmen. In der Diskussion auf den Bauten für die Ausbreitung des Mauerwerksstandes. Zu der Debatte wurde noch befürwortet aufzufordern, die sich auf den Bauten zeigenden Wissensdeut dem Verbrauchsmann sofort fund zu thun. Kollege Körnitz wurde zum Merkblatt-Geschäftsführer gewählt.

In Schönebeck stand am 2. April eine gut besuchte öffentliche Männerversammlung statt. Die Lohnkommunisten konnten berichten, daß sämtliche Unternehmer den von der Verbandsgräftelei eingereichten Lohntarif anerkannt haben. Hierauf hielt Kollege Koch, Gr.-Offizier, einen mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag über „Zweck und Ziele unserer Organisation“. Dann wurde beschlossen, den 1. Mai möglichst durch Arbeitsstreik zu feiern. Dicjenigen Kollegen, die ohne große Schädigung ihres Berufsbedienstaltungsrechtes nicht feiern können, sollen mindestens zwei Mainarbeiter einnehmen. Nach einem langen Schlaukörner des Verbandsamtsdirektors, Kollegen Gräb, den errungenen Lohntarif auch in allen Säcken innerzuhalten und auch nicht die Agitation für die Ausgliederung des Verbandes zu vernachlässigen, wurde die Versammlung geschlossen.

Starnberg fand am 8. b. M. eine österrechische Maurer-Verhofsitzung statt, in welcher Kollege P. u. z. München einen Vortrag hielt über die Entwicklung des Nationalarbeitskamms seit 25 Jahren. Der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Genof- Schäfer d. x. Hamburg, der ebenfalls in der Verhandlung anwesend war, wies an der Hand von vielen Beispielen den Werth der Organisation nach und empfahl den Besuch zu vertretelein. Sie legten sich dann auch 22 Kollegen in die Verbandslisten einzeln. Kollege P. u. z. wies noch darauf hin, daß schon früher zweimal die Posten den Anlaß zur Organisation geschaffen, aber sie selbst seien sie wieder mutlos geworden. Er sprach die Hoffnung aus, daß sie bleibst dem Verbande treu bleibun.

Die Bahnhofstelle Stellingen hielt am Donnerstag, den 4. April, ihre Mitgliedererversammlung ab, in welcher Genossen eine einen Vortrag über "Degeneration der Arbeitersklasse" hielten. Dem Reden wurde reicher Beifall zu Theil. Zur Konferenz nach Neumünster wurde Kollege Meyer als Delegierter gewählt. Alsbald brachte Kollege Wiecke vor, daß am Neubau der Adlerstraße, wo der Kollege Glaesel als Mietervorsteher stand, die Leute vergangenen Sonnabend bis um 12 Uhr auf ihr Geld gekommen haben. Da aber keiner von den dort beschäftigten Kollegen antwortete, wurde beschlossen, daß die Befestigung dieses unterlief und dann, wenn nötig, eine Extraversammlung einzuberufen habe. Einzel Mitglieder wurden aufgefordert,

In Weißwasser wurde in einer Mitgliederversammlung am 19. d. M. beschlossen, am Sonnabend, den 21. d. M., das Arbeitsverhältnis zu studieren, wenn bis dahin eine Einigung mit den Unternehmern über die gestellten Forderungen nicht erzielt werden sollte. Die Abrechnung vom ersten Quartal wurde von der Versammlung gutgeheissen und dem Käffitzer Decharge eröffnet. Schöss Kollegen ließen sich aufnehmen.

Die zahlreiche Wiesbadener hielt am 10. April im Vereinslokal bei Herrn Kühlner ihre regelmäßige Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Die Quartalsabrechnung wurde für richtig befunden und dem Käffitzer Decharge eröffnet. Kollege Hanstein wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Dann wurde die Lohnfrage diskutiert und der Streit in Aussicht gestellt. Auch wurde auf den 1. Mai und seine Bedeutung hingewiesen, und wurden die Kollegen ermahnt, wo es irgend angängig sei, die Arbeit ruhen zu lassen.

In einer am 12. d. M. in Woffenbüttel abgehaltenen öffentlichen Maurerversammlung wurde nach einem Vortrag des Kollegen Dr. E. G. beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitskämpfe zu feiern. Kollegen, die an diesem Tage arbeiten, haben eine Mainmarke im Preise von A. 2 zu nehmen. Sodann wurden zwei Kollegen gewählt, die mit dem Unternehmer Müller wegen des Arbeitsvertrages Rücksprache zu nehmen hatten. Es soll versucht werden, Müller dazu zu bewegen, daß er sich dem Verbande anschließt, wie dies die anderen Unternehmer ebenfalls gethan haben.

Bahnvergabe in diesem Jahre. Die Ausschreibungen des Referenten wurden mit großem Erfolg aufgenommen. Alsdann wurde nach kurzer Debatte beschlossen, die Bahnkommission zu beauftragen, mit den Unternehmen über die gestellten Forderungen in Unterhandlung zu treten und binnen 14 Tagen Bericht zu erstatten. Alle Kollegen vom Lande haben sich während der Sonnertagsrede ihren "Grundstein" selbst zu verschaffen.

## Etuffature

Achtung, Stiftskreure! Nach Beschluss des Agitationscomites findet die diesjährige Konferenz der Stiftskreure Rheinlands und Westfalens am 27. Mai in Köln a. Rh., Reklamation "Zum goldenen Löwen" (vormalig Krings), Kreisstr. 11, statt.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Agitationscomites. 2. Abrednung des Käfflers. 3. Situationsbericht der Delegirten. 4. Anträge der Delegirten. 5. Verpflichtungen. Die Delegirten werden am Bahnhofe empfangen; Erkennungszeichen: Blaue Schleife. Wegen Fragen und Anträge wolle man sich an Unterzeichneten wenden. Mit kollegialem Gruß

**Das Agitationsteamité.**  
A. M.: Bernhard Henr. Göls & W. Schaeffer 12. 1. 15

Berlin. Am 9. d. M. beschäftigte sich die hiesige Filiale in einer außerordentlichen Veranlagung mit inneren Vereinsangelegenheiten. Es wurde den Kollegen vom Vorstandsernährungsamt bekannt gemacht, daß sich jeder Kollege, welcher ohne Arbeit ist, alte drei Tage im Arbeitsnachwuchs zu melden hat, um dadurch vom Betrieb abgetrennt zu sein. Viele Mitglieder mußten wieder wegen reitenden Betriebs gestrichen werden. Die Kollegen

wurde gegen leidende Beutige geteuert worden. Die Rötelgäste wurden demnach erlaubt, dafür zu agieren, daß alle Münzgäste pünktlicher zahlen und die Beiträge nicht immer so ansonsten lassen; es ist jedem durch die vielen Zählstellen so leicht gemacht, daß er jeden Sonntag zahlen kann, und kann es somit keinen schwer werden, die paar Pfennige abzustehen. Für die Badstelle W wurde Kollegse Henze als Blasfemist gewählt. Ferner wurden für die Arbeitsaufschwefelkommission die Kollegen Höderer, Weibaum und Prüfer gewählt. Den Kollegern wurde die Direktivie gegeben, dahin zu wirken, daß alle Werkstätten für die Lohnarbeit eintreten, wo es angebracht erscheine. Unter "Verschiedenes" wurde Kollegse Paul Albrecht aus Altenburg, Buchst. 702, laut § 8 des Statuts aus dem Verbund ausgestoßen. Auch wurde das Petitionen des Eisensturms

W e h l e , welcher bei Hauer arbeitet, in schwerer Weise gerächt und wurde den Kollegen anheim gefestt, sich vor derartigen Elementen in Acht zu nehmen. Es kam ferner zur Sprache, daß die Stiftstüre der Hirten Böllner und Hauer im Geschäftshaus, wo es an allerwichtigsten vorkommen dürfte, bei offenen Raalsförben gearbeitet haben. Nach Erledigung

verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.  
**Düsseldorf.** Am 19. d. M. lagte im Saal des Herrn von der Warth, Neubrühl, ein von circa 300 Staatsleuten und Pfeiletern besuchte öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: **Das Resultat unserer Lohnbewegung.** Kollege H. verlas die beigebrachten Gedächtnisse, die unseren Vorstand unterschrieben. Kollege G. h. zollt durch ein interessantes Modell den Vortragern.

College Gley zeigte durch ein treffliches Beispiel, wie nötig es ist, eine Förderung durchzuführen, die nur zu gerecht ist. Der Bevölkerungsdrang des Männerverbandes machte in längerer Weise bedeckt, daß er dagegen wirken würde, daß seine organisierten Männer den Streitenden in den Rücken fallen, und eventuell Pupillenreihen auszuholen. Kollege Kuhn hie bedauerte, daß sich am ersten Tage des Streits noch so viele Kollegen an der Arbeit befunden hätten; er freute sich aber, daß es sich am zweiten Tage bedeutend gebessert hätte. Sodann sprach Kollege Kühne den § 152 der Gewerbeordnung, welcher vom Kollegen Lüders eingehend erläutert wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Doch in dem Ausland eingetretene Stellvertreter und Bleicherer Düsseldorf erkämpfen, nicht eher die Arbeit aufzunehmen zu wollen, bis sich die Prinzipalität unterzeichnet haben.“ Ein Antrag Tönniesmanns, daß über zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollegen abzustimmen habe, wurde gleichfalls angenommen. Zum Schluß unterschied noch ein Meister den neuen Lohntarif. In dem Ausland waren im Vergleichstag 120 Mann getreten; in Geschäften, die bewilligt haben, arbeiten 120 Kollegen. Leider arbeiten noch 200 Mann zu den alten Bedingungen, und sind dieselben überwältigt nicht zu bewegen, in die Lohnbemerkung mit einzutreten. Die Stimmliste unter den auswärtigen Kollegen sei eine gute und wir bitten alle Kollegen in anderen Städten, dahin zu wirken, daß zwanzig fern geholt werden.

Frankfurt a. M.—Am Donnerstag, den 19. April, tagte im Vereinslokal eine Generalversammlung. Nach dem Vorstandsbericht fanden im verflossenen Jahre — von April 1899 bis April 1900 — eine Generalversammlung, 11 Mitgliederversammlungen und 8 öffentliche Versammlungen statt. Die Abrechnung, aus einer Quatrat ergab salzgrosches Resultat.

versankte Marken M. 192,60. Ausgabe für die Hauptkasse 13,61, bleibt für die Hauptkasse 115,01. Kassenstand der Filiale vom vorigen Quartal 377,73, in diesem Quartal eingetommene gg. Btl. Beiträge 63,98. Ausgabe der Filiale in diesem Quartal 49,78, bleibt ein Filialvermögen von M. 89,93. Absonde wurde zur Vorlandswahl übergegangen, wobei als erster Vorsteher Mr. Götter, als erster Kassierer Casper Kraus gewählt wurden. In „Verhöldenes“ wurden noch die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, sich an dem am 29. April stattfindenden ersten Stiftungstag im Saale der Concordia“ zahlreich zu beteiligen. Die Versammlung wurde hierauf geschlossen.

Brandenburg (Pfälz). Am 14. März wurde hier eine Filiale des Stiftsfabrikverbandes gegründet. Von 30 am Dreieck befindlichen Giptern sind bis jetzt 22 dem Verband beigetreten. Am Donnerstag, 19. d. M., wurde ein Kollege dem Gipfermeister Späth mit der freundschaftlichen Aufforderung, er solle sich zum Teufel scheren, entlassen. Die Entlassung erfolgte, weil der Unternehmer annahm, der betreute Kollege sei der „Hegel“. Aufgrund dieser Maßregelung haben nun alle bei diesem Unternehmer arbeitende Kollegen, bis auf einen, das Arbeitsverhältnis aufgehoben. Da Späth nun in allen Zeitungen Gipfer und Verpußer sucht, so bitten wir, den Zugang fern zu halten.

Leipzig. In der am 21. d. M. stattgehabten Generalversammlung der Stiftsfabrik wurde die Quartalsabrechnung als richtig befunden und dem Kassierer Oehlmann erthalten. Als erster Vorsteher wurde Kollege Dr. Oehring gewählt. Eine Einzelzähmungsliste zur Theatervorstellung im Stadttheater, veranstaltet vom Arbeiterverein, gelangt zur Auktionsation. Verlesen wird ein vom Hauptvorstand eingegangenes Jungblatt, in welchem zum Eintreten in die Organisation und zur Bekämpfung der Auffordrung aufgerufen wird. Von einer Verbreitung wird abgesehen, da doch alle, mit Ausnahme der Arbeitswilligen, organisiert sind. Der Schriftführer wird zur östlichen Abteilung von Vertretern ausgesandt, sowohl für den „Grundstein“ wie für die „Volksszeitung“.

München. In der Mitgliederversammlung am 7. April wurde die seitens der Sitzungsmeister eingeschlagene neue Wertabrechnung beschlossen. Kollege Capito führte aus, daß sich dieselbe nicht deckt mit den Abnahmen, die voriges Jahr zwischen Meistern und Geschäftsmännern getroffen wurden. Derner unterzog die einzelnen Punkte der Wertabrechnung einer strengen Kritik. Es wurde beschlossen, daß der Geschäftsauslaß in Nähe mit den Meistern in Verbindung treten solle, um über die Aufführung dieser Wirtschaften zu unterhandeln. Capito forderte die Kollegen auf, für den Verband stetslich zu agieren, da die Möglichkeit vorhanden ist, daß es im Laufe des Jahres zu erneuten Verhandlungen mit den Meistern kommen könnte. Hierauf kam Kollege Capito auf den Bauhauermarkt zu sprechen. Er ermahnt die Kollegen, wenn sie irgendwie bei einem Meister in Differenzen gerathen würden, dies sofort der Lohnkommission mitzuteilen. Vertriebene Bildhauer seien sich noch nicht ganz darüber klar, inwieweit Forme und Architekturarbeit in ihre oder in unsere Branche einschlage, so daß von Seiten des Bildhauers schon die Ansicht laut geworden sei, daß, wenn wir derartige Arbeiten machen, wie Streitbrecher wären. Nach einer lebhaften Debatte, in der von den meisten Rednern betont wurde, daß diese Arbeiten bis jetzt immer von Stiftsfabrikern gemacht wurden, Bildhauer nur in Ausnahmefällen dazu herangezogen worden seien, kam man zu der Ansicht, daß der Vorstand und Streitbrecher zu helfen, ein vollständig unberührbares sei. Es wurde dann einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige, am 7. April, im „Gesellenhof“ versammelten Stiftsfabrikanten bezogenen um die achtjährige Arbeitszeit ringenden Bildhauer ihr volles Sympathie und sind bereit, die Streitbrecher so kräftig wie möglich zu unterstützen. Die Stiftsfabrikanten sehen sich aber bis jetzt noch nicht veranlaßt, die Ausführung von Arbeiten, welche eigentlich nur ihrer Branche angehören, zu verweigern. Capito hoffte dann noch mal, daß er vor ein paar Wochen den Kollegen Dohlfeld in Berlin ein Telegramm erhalten habe, indem mitgetheilt wurde, daß in Berlin Differenzen ausgetragen waren und Zugeständnisse zu halten seien. Es wurden daraufhin zwei Kollegen, welche an denselben Abend nach Berlin fahren wollten, veranlaßt, sich ihre Koffer wieder reut zu lassen. Nachdem also die Münchner solidarisch verfahren, faulen sie von den Berliner Kollegen fordern zu können, daß sie im „Grundstein“ mittheilen möchten, ob sich die Fernhaltung des Zugangs wieder erledigt hat. Wie wir anderweitig erfahren haben, sind die Differenzen schon längst beigelegt.“

Stettin. Am Sonnabend, den 14. d. M., tagte im Lokal des Herrn Krumm die regelmäßige Mitgliedserversammlung, welche nur 12 Kollegen besucht war. Diejenige bestätigte sich zunächst mit der Vorstandswahl, aus welcher Bürgler als Vorsteher und Zetos als Kassirer hervorgingen. Die Abrechnung ergab einen Kassenbestand von M. 89,49. Der Vorsteher erstattete den Jahresbericht. Derselbe ergibt kein günstiges Resultat für die heilige Filiale. Von 49 hier anwesenden Kollegen sind nur 23 im Verbande, gegen 32 im vorigen Jahre, und von diesen muß noch die Hälfte wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Es liegt dies einerseits an den schlechten Konjunktur- und Neben der einzelnen Kollegen, Auffaßt befreit zu sein; die Kollegen durch sachgemäße Debatten und kollegialisches Vereinigen für den Verband zu gewinnen, wird Seelen, der anderen Meinung ist, eine schlechte Sichtung unterschoben, und so bleiben die Kollegen der Verbandsversammlungen und zuletzt dem Verbande fern. Wenn das so weiter geht, ist das Fortbestehen der Filiale in Frage gestellt. Für die streitenden Bergarbeiter wurde M. 6 bewilligt. Verner wurde beschlossen, den „Grundstein“ durch die Post den Kollegen auszusenden.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 29. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Neufantianer. — Der wirtschaftliche Niedergang Frankreichs. Von Paul Louis. — Leo Tolstoi: Auferstehung. Von Robert Schwedel. (Schub.) — Ueber Erdbebensteuer. Auch ein Beitrag zur „Dettingerfrage“. Von Friedr. Stampfer. — Literarische Rundschau: Michael Georg Conrad, Salvo Regina. — Notizen: Eine Neuierung für praktische Gärtnerei. Von Herm. Holm. — Feuerstellen: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Knauer.

Im Verlag von F. H. W. Dieb Nachf. in Stuttgart sind soeben Heft 15 und 16 des „Arbeiterrecht“ von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, erschienen.

Dem Werke direkt angegeschlossen ist der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Mit vielen Beispielen und Formularn für Klagen, Anträge und Beschwerden usw.

Das „Arbeiterrecht“ enthält Alles, was für den Arbeiter notwendig ist zu wissen und macht Lektionsgaben der Gesetze erst verständlich. Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten zu 20 Pf. erscheinen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteur engegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Fäderer 29,40, Gonzenheim 28,80, Bodebach 27,40, Marne 26,25, Götsch i. Pomm. 22,08, Weißwasser 19,48, Alt-Haldensleben 19,04, Parcien 15,41, Eggenf. 15,04, Barel 14,60, Hammer

6, Wilhelmstorf 14,32, Berghausen (Pfälz) 14, Wolgast 11,53, Wanzburg i. Schwarzwald 8,80, Garz Küren 8, Burgau, a. d. Saardt 4,80, Tondern 1,65, Köln 11,78, Mainz 167,30, Meissen 181, Bölk 120,53, Forst i. d. S. 119,78, Oppeln 19,10, Görlitz 100,70, Schadensleben 79, Oppeln 62,62, Krausnick 60,40, Hornau 59,68, Cüllingen 58,40, Genf 52,70, Trebbin 52,64, Hintersee 52,64, Lindau i. d. Müglitz 10,10, Mühlbeck 47,20, Mölln 14,80, Lechenfeld 44,88, Cottbus 1,5, i. Lüderitz 43,61, Lüderitz 40,32, Hohenlimburg 39,65, Gr. -Lüderitz 37,92, Berlin 37,84, Tautenhain 38,08, Sonnenburg (Neumark) 38,50, Ueteren 31, Gr. Schönbeck 30,40, Dömitz 29,01, Waltersdorf-Schulendorf 29, Hochheim 28,20, Lindenau 28,32, Altenber 26,65, Hammelsatt 26,08, Neusalz a. d. Ober 26,12, Gräfenthal 25,25, Beendorf 24, Kirchheim 22,90, Dahlem-Wreden 21,56, Veltheim 20,92, Schönberg i. Meißl. 16,70, Osterode a. Harz 12,65, Krinitz 11,86, Pleizbawien 10,57, Welbert 9,98, Dogheim 17,15, Fürstenwalde 72,21, Griesheim 67,12, Langenholz 65,91, Bredow 57,60, Nienendorf 42,40, Neudamm 41,90, Nulmbad 39,88, Reichenswalde 37,08, Wernigerode 38,40, Mittewalde (Mark) 33,85, Heinrichswalde 31,92, Wittenberg (Pfälz, Solle) 25,50, Al. Schnebed 24,48, Worna 5, Leipzig 23,24, Berlin 14,96, Hasselbach 12, Möglitz 2,3, Sand 2,35, Altenburg 2,33, Lindeburg 64,25, Rügningen 35,67, Scheder 72,47, Meusebach 58,71, Treidelschön 57,10, Scheden 53,20, Melitz 49,50, Scheden 46,04, Barleben 42,80, Prößl 40,86, Schmedt a. d. S. 36,15, Teterow 15,80, Bitterfeld 65,65, Beuren 5, Gleichen 32,84, Schönwalde (Mark) 26,80, Osterthal 24,80, Langenbielau 22,16, Dahlem i. Sachsen 20,69, Höckel 16, Dömitz 19,13, Freiberg 13,54, Mülitz 12, Marienwalde 10,40, Straßburg i. Th. 73,78, Eisenach 65,44, Schwerin 1. M. 42,69, Höltzenau 21,80, Gräfenthal 20,60, Landsberg 17,46, Cravintel 6, Oberfr. 11,84, Walkenstein 11,60, Flensburg 190, Delmenhorst 127,80, Neu-Kuppin 119,90, Behn 74,90, Niedermunde 71,29, Nördlingen 69,95, Neustadt i. Holst. 85,61, Saarbrücken 5, Wolsdorf 34,40, Dießenbach 33,05, Mettmann 2,40, Löwenburg i. Schl. 10,50, Naumburg 50, Leibnitz 98,00, Westerholt 29,60, Bleibenstädt 28,40, Sühl i. Thür. 21,80, Burgsude 27,85, Bleibenstädt 27,04, Colmar i. S. 16,05, Wismar 13,88, Eisenberg 67,85, Wöhl 54,45, Tempelhof 40,20, Krinitz 65,45, Bitz 80, Teuchern 25,84, Frankenfel 18,18, Gräfenthal i. S. 8,97, Langen i. Hessen 192,29, Gerol 190,87, Rathenow 78,48, Chemnitz 78,13, Höckel 75,20, Sonnenberg i. Th. 78,95, Meiersberg 64,88, Gr. -Salze 56,80, Blumenthal a. Harz 50, Arnswalde 36,20, Mülitz 1,20, Martendorf 29,36, Martendorf b. Berlin 23,20, Nordhausen 5, Rassel 16,32, Burgdamm 18,70, Unserode 11,53, Nieder-Verden 9,52, Ludwigshafen 2,82, Gladbach 62,95, Al. Schauinsland 29,00, Neustrelitz 32,04, Straußberg 40,60, Gießen 27,80, Habersleben 38,85, Hinterwalde 83,04, Gützkow 27,49, Eberswalde 21,70, Rendsburg 21,50, Fischbach i. Taunus 20,80, Berg-Verden 19,80, Trebur i. Hessen 19,10, Gönnitz 16,08, Schwartau 15,20, Orts 1. Boden 8,84, Bozen 181,12, Merseburg 142,01, Brandenburg a. d. H. 11,15, Nauen 79,02, Wurzen 84,97, Gutsow 53, Hertenehren 44,20, Mülheim a. d. Ruhr 29,15, Babel 28,25, Gevelsheim 25,20, Jessen 24, Erdenheim 20,80, Trier 29,87, Hirsch 22,48, Herne i. W. 21,48, Blaue 2. Havel 18, Schweinitz 12,80, Garz a. d. Ober 12,25, Enderbach 1. Vogt. 10,56, Schönbau 5, Hettberberg 5,88, Leipzig 33,70, Berlin II 47,60.

Streifsond 8.

Celle 6, 91,44, Düsseldorf 188,82, Burg b. Magdeburg 62,64, Stade 58,72, Duerkort 28, Oranienburg 44,28, Stendal 36,32, Moers 31,92, Altenstadt 12,80, Stuttgart 18,32, Wolmirstedt 30,92, Amt 20,88, Begegad 30, Gr. -Neuendorf 10,88, Tempeln 15,88, Nörderode 36,20, Münster 1,5,40, Schwerin an der Warnow 17,63, Haderfeld 2, Bodebach 7,60, Götsch i. B. 8,68, Weißwasser 8,60, Alt-Haldensleben 8,60, Barleben 1,6,20, Eggenf. 6,82, Barel 3,52, Haldensleben 5,60, Wismar 1,6,20, Krinitz 1,65, Tondern 2,40, Gutschögl i. d. Niederr. 28,92, Cöln 1. Elb. 18,10, Meissen 42,48, Zeitz 112,24, Forst in der Lauter 11,92, Witten 1. d. Markt 45,95, Coburg 95,80, Schadensleben 88, Eppelheim 3,55, Granite 54,70, Oberwalde 48, Krausnick 3,20, Cüllingen 24,08, Gerol 16,90, Trebitz a. d. S. 8,80, Hintersee 1,84, Lüdin 1. d. Markt 1,10, Mörs bei Ohra 1,28, Teichendorf 5,12, Lüderitz 9,60, Hohenlimburg 11,28, Wernigerode 17,72, Tautenhain 10,72, Sonnenburg (Neumark) 1,95, Ueteren 14,72, Gr. -Schönebeck 5,24, Döllau 26,88, Witterschmidt 12,82, Rippes 5, Nördl. 14,00, Hammelsatt 4,82, Beendorf 12,80, Naumburg 50, Dahlem-Wreden 18,64, Veltheim 1,18, Schönberg i. Mecklenb. 4, Krinitz 1,84, Welbert 21,04, Kirchwald 31,80, Nied.-Neuendorf 4,64, Neuendorf 22,80, Kuhbad 5,04, Marienwalde 11, Heinrichswalde 2,16, Al. Schnebed 14,05, Worna 5, Leipzig 10,80, Lüneburg 88,48, Menzelis 7,44, Scheden 28,40, Neife 1,80, Barleben 42,60, Prößl 3,52, Schwedt a. d. Ober 21,20, Teterow 7,36, Bitterfeld 44,10, Höckel 1,50, Freiberg 2,64, Wöhl 5,24, Marienwalde 4,24, Straßburg i. Thür. 22,56, Eisenach 3,20, Holzhausen 18,40, Landsberg 2,40, Kirchwerder 4,87, Lüneburg 8,20, Delmenhorst 32,24, Neu-Kuppin 87,60, Behn 52,08, Niedermunde 38,64, Nördl. 14,45, Neustadt i. Holstein 5,88, Saarmund 2, Polzahn 9,44, Westerholt 29,60, Sühl i. Thür. 2,80, Bitterfeld 2,48, Witten 16,32, Wismar 2,72, Eisenberg 49,72, Wöhl 39,80, Krinitz 17,70, Ger. 40,24, Norden 18,28, Granite 35,88, Halden 30,90, Sonnenberg i. Thür. 5, Meiersberg 9,40, Gr. -Salze 20,15, Altenrade 4, Witten 18,20, Düsseldorf 5,54, Straßburg 32,47, Habersleben 24,26, Winterwolde 3,80, Gilman 3,76, Götzenhöhe 17,80, Niedenburg 17,84, Berg-Verden 2,08, Schwartau 4,48, Bölen 47,42, Brandenburg a. d. H. 35,70, Nauen 61,20, Wurzen 68,08, Gutsow 4, Wilsheim 64,20, Erdenheim 5,60, Trier 7,76, Ruhla 8,80, Garz a. d. Ober 16,90,

## Die Abrechnungen

sind von einem Theil der Zahlstellen bis heute nicht eingegangen. Laut Statut sollen dieselben bis zum 15. d. M. in den Händen des Kassiers sein. Die Befolgt sind die Abrechnungen, welche die Befolgsleistungserfüllung anzuzeigen, daß die Einwendung der Abrechnungen unverhindert erfolgt. Sofern die Abrechnungen nicht bis zum 30. d. M. eingegangen sind, wird von § 27 des Statutus Gebrauch gemacht.

## Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statutus von der Zahlstelle Euden: P. Frank (Buch-Nr. 112549), C. Grönig (Buch-Nr. 112824); Streith i. M.: August Hartwig (Buch-Nr. 107729); Schröder: Karl Bergholz (Buch-Nr. 101012); Krinitz: Richard Bergholz (Buch-Nr. 14923); Dortmund: Julius Limpach (Buch-Nr. 85309); Karl Jette (Buch-Nr. 110607).

## Aufforderung.

Der Maurer Joseph Schilling, vor dem schon in Nr. 14 des „Grundstein“ gewarnt wurde, ist unter Mithabern von Streifsondsmärkten, 200 a 20 Pf und 200 a 10 Pf, von Hettberberg vertrieben. Die Kollegen werden vor dem Auftritt dieser Märkte gewarnt, da Schilling ein ganz geriebener Schwundel ist und etwas vereinigmachtes Gold in seinem Inventar verbraucht. Sollte der pp. Schilling irgendwo in einer Zahlstelle auftauchen, wird erachtet, sofort nach hier Mitteilung zu machen.

## Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsberichter: Gustav Schulz (Buch-Nr. 022426); Franz Streifsond (Buch-Nr. 026017). Die selben werden hiermit für ungültig erklärt.

## Der Vorstand.

S. A.: S. Eßlinge, 2. Vorsteher.

In der Zeit vom 17. bis 23. April 1900 sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

## Hauptklasse.

Von der östlichen Verwaltung in Düsseldorf M. 916,25, Burg b. Magd. 166,86, Schleswig 150,50, Duerkort 120,87, Oranienburg 110,12, Schleswig 99,05, Herbsleben 99,04, Stendal 73,41, Bösel 69,44, Altenstadt 65,97, Stuttgart 58,38, Womelsdorf 55,82, Altenau 53,09, Schlosshof 46,72, Begasaf 44,51, Gr. -Neuendorf 42,32, Reinhardtsdorf 42,20, Templin 40,24, Belgen 39,28, Nordeney 38,40, Münster (Westf.) 38, Großensee 38,57, Gardelegen 32,80, Schwerin a. d. Warthe 30,24,

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einsender von Gelben werden erachtet, auf den Postabschluß genau anzugeben, wofür das eingegangene Geld bekannt ist.

Alle Gelder für die Hauptklasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifsondsmärkte, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 28. April 1900.

J. Köster,  
Hamburg-St. Georg, Bremerstr. 11, 1. Et.

